Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 211. Sonnabend den 9. September 1848.

Unsern geehrten auswärtigen Abonnenten

zeigen wir ergebenst an, daß durch die eingetretene bedeutende Porto-Ermäßigung alle königlichen preußischen Post-Anstalten in den Stand gesetzt sind, vom 1. Oktober d. J. ab die Breslauer Zeitung für den Preis von **1 Rtlr. 24 Sgr. 6 Pf.** pro Quartal zu liefern. **Es ist demnach eine Ermäßigung von 1 Rtlr. 22 Sgr. für den Jahrgang eingetreten.**

Mit der Schlesischen Chronik kostet die Zeitung dann **2 Thlr. 10 Sgr.** und die Schlesische Chronik allein **18 Sgr. 3 Pf.**

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 27—30. (327—330.) Bogen des 11. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 152. Frankf. Bg. 176—178. Mit der heutigen Lieferung ist das 11. Abonnement beendet. Auf das 12. Abonnement (Bogen 331 bis 360) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

K Breslau, 8. September.

Die Würfel sind gefallen, gefallen in Berlin und in Frankfurt. Ein Tag hat uns zwei centnerschwere Kunden gebracht und uns an die Pforte einer neuen Zukunft gestellt. In den nächsten Tagen muß diese sich öffnen und vor uns liegen wird dann deutlich und klar der Pfad für die kommende Geschichte. In Berlin hat das preußische Volk gesprochen und in Frankfurt die deutsche Nation durch ihre organische Vertretung. Die Berliner Versammlung hat das Recht der preußischen Staatsbürgerschaft, die Frankfurter Versammlung die Ehre der deutschen Nation gewahrt. Aber nur ein unerklärlicher Leichtsinn könnte damit die Krisis für beendigt, eine friedliche Entwickelung unserer Zukunft für gesichert halten. Die Krisis ist nur klar geworden, die Zeit des Schwankens und des Vermittelns ist vorüber, schneller vielleicht vorüber, als mancher warme Freund der neuen Zeit mit ihrer Freiheit gewünscht hat, wir stehen, und zwar jeder Einzelne eben so, wie die Geschichte selbst, in diesem Augenblick am Scheidewege. Der Augenblick fordert gebieterisch eine entschlossene und ganze Entscheidung. Welchen Gang wird die Geschichte einschlagen? Nach welcher Seite hin werden wir uns wenden?

Wird der Pfad einer friedlichen, und wenn jetzt friedlichen, dann auch raschen und entschiedenen Entwickelung auf dem Boden der Freiheit und Einheit sich uns öffnen, oder werden wir in die Wogen des Bruderkrieges geschleudert werden?

Die Entscheidung kann friedlich sein, und die Menschlichkeit fordert, auf diese Seite hin zuerst den Blick zu richten. Jetzt erst entscheidet es sich, ob die Revolution anerkannt wird und das mit ihr in die Welt getretene Princip der alleinigen Berechtigung des Volkswillens Inhalt und Gestalt gewinnt. Noch hat in Berlin erst die Nationalversammlung gesprochen, das Ministerium schweigt noch. Der Konflikt ist noch nicht geschlichtet, denn das Ministerium kann die Kompetenz der Versammlung zu diesem erneuerten Beschluß bestreiten, wie es ihre Kompetenz zur Fassung des ersten Antrages bestritten hat. Aber wenn die Mitglieder des Ministeriums, wenigstens ein Theil desselben, nicht ihre ganze frühere Vergangenheit Lügen strafen wollen, so muß es nunmehr vor einem Kampfe mit dem so entschieden ausgesprochenen Volkswillen zurücktreten. Es muß den Beschluß der Versammlung ausführen, wenn anders sein Ehrgefühl ihm erlaubt, noch ferner sich für die Vertrauensmänner der Mehrheit der Versammlung zu halten. Es darf, wenn es sein Bleiben mit seiner Ehre für vereinbar hält, sich nicht auf ein Nachgeben in diesem einen Falle beschränken und sich dadurch eine kurze Frist erbetteln wollen, sondern auch für die Zukunft mit Ehrlichkeit an dem heut siegreichen Prinzip der Freiheit festhalten. — War es aber dem Ministerium Ernst mit der Erklärung, daß es die Verantwortlichkeit für die Ausführung dieses Beschlusses nicht zu übernehmen vermöge, nun, dann darf es auch jetzt nicht ausführen, was es nicht verantworten kann, dann muß es zurücktreten und die Ausführung solchen Händen überlassen, welche die Verantwortlichkeit dafür nicht scheuen. Dann müssen wir ein Ministerium erhalten, welches endlich mit diesem zwitterhaften Schwanken zwischen Freiheit und Polizei entschieden bricht. Ein solches Ministerium wird dann auch die Elemente in den Kreis der organischen Entwickelung hineinziehen, welche sich gegenwärtig theilweise fast außerhalb des Bodens einer organischen Entwickelung zu stellen suchen. Es wird alle wahren Freiheitsfreunde um sich vereinigen und nur die Reaktion sammt der ihr verwandten und theilweise verbündeten Anarchie zu Gegnern haben, diese aber dann auch sicher besiegen.

Tritt dieser Fall ein, dann ist auch die Möglichkeit gegeben zu einer friedlichen Schlichtung des drohenden Zwiespaltes zwischen Deutschland und Preußen.

Noch liegt uns zwar die Abstimmung der Frankfurter Nationalversammlung über den Waffenstillstand selbst nicht vor, aber bereits der erste der gefaßten Beschlüsse hat das Reichsministerium gestürzt und der Waffenstillstand muß nach dieser Abstimmung verworfen worden sein, wenn nicht ganz ungeahnte Zwischenfälle eine Aenderung herbeigeführt haben. Auch in Frankfurt wird dann ein Ministerium ans Ruder kommen, welches den Grundsatz der deutschen Einheit energischer durchführt, als das bisherige mit seiner Majorität es gethan. Diese Majorität selbst wird, nachdem sie einmal den Rubikon überschritten hat, nicht mehr zurück können, ohne sich selbst zu vernichten. Sie wird auch ein entschiedeneres Ministerium unterstützen und die unerläßlichen Anforderungen an die Partikularstaaten in Uebereinstimmung mit dem Ministerium energischer stellen und energischer verfolgen müssen, als es bisher geschehen ist. — Der theoretische Streit über Vereinbarungs-Princip und Souveränetät der deutschen Nation wird sich rasch auf dem Boden der Praxis entscheiden müssen und die definitive Gestaltung Deutschlands um Vieles sich beschleunigen. Dann wird aber auch der Konflikt mit Preußen in einer solchen Schroffheit auftreten müssen, daß eine längere Umgehung des wahren Kernes der Frage unmöglich erscheint. Soll diese Frage aber friedlich gelöst werden, dann muß die friedliche Lösung der preußischen Frage vorangegangen, das Ministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung gestürzt sein oder sich geistig reorganisirt haben. Ist aber dieser Fall eingetreten, regiert in Preußen ein Ministerium, welches seine Stütze in der vollen Anerkennung der Volksfreiheit sucht, dann ist auch eine friedliche Lösung der preußisch-deutschen Differenzen nicht nur möglich, sondern eine unabweisliche Nothwendigkeit. Ein solches Ministerium kann sich nur auf die freien Elemente im Volke und in der Kammer stützen. Thatsache aber ist es, daß die Bestrebungen für die Freiheit gerade im preußischen Volke fast durchgängig im engsten Zusammenhange stehen mit den wärmsten Sympathien für die deutsche Einheit. Thatsache ist es, daß die große Mehrzahl der Denkenden gerade in Deutschland die Hauptstütze unserer Freiheit und einen Schutzwall gegen eine neu hereinbrechende Reaktion sieht. Ein freisinniges preußisches Ministerium, welches den Einheitsbestrebungen feindlich entgegen treten wollte, würde daher seinen eigenen Boden unterhöhlen. Tritt daher ein solches in Folge einer friedlichen Entscheidung unserer Krisis ans Ruder, so kann dieses einer Fortsetzung des dänischen Krieges nach dem Beschlusse der Central-Gewalt sich unterziehen, da es seine Ehre nicht kompromittirt, wenn es einen Waffenstillstand annullirt, den es nicht nur nicht geschlossen, sondern wohl auch gemißbilligt hat. Es kann dieses, ohne die Interessen Preußens leichtsinnig zu opfern, wenn, wie zu erwarten steht, die Centralgewalt die billige Rücksicht nimmt auf die Opfer, welche Preußen in diesem Kriege gebracht hat und seine erneute Mitwirkung nur mit möglichster Schonung beansprucht. Es muß sich aber auch fügen, weil es im entgegengesetzten Falle durch eine Koalition der äußersten Parteien mit Leichtigkeit wieder gestürzt werden könnte.

Auf diesem Wege können wir friedlich aus den gegenwärtigen Wirren hervor- und einer glücklicheren Zukunft entgegengehen. Aber täuschen wir uns nicht, es kann auch anders kommen. Die volksfeindliche und die stockpreußische Partei können den Augenblick für geeignet halten, um alle ihre Kraft noch einmal zu entfalten und mit einem Wurfe um Sein und Nichtsein zu spielen. Dann ist das preußische Volk in den Zustand der Nothwehr versetzt, dann ist, wenn die Reaktion augenblicklich siegt, der Bruch mit Deutschland unvermeidlich und ein gedoppelter Bürgerkrieg im Anzuge. Welch unsägliches Unglück damit auf uns einstürmen, wie vielleicht das ganze Glück der gegenwärtigen Generation vernichtet und die Existenz des Vaterlandes selbst gefährdet werden kann, wer vermöchte sich dieses zu verhehlen! Wer sollte nicht den letzten Anker ergreifen, um einen solchen Ausgang zu verhüten! Nur einen Weg giebt es noch, welcher möglicherweise zum Frieden und zur Freiheit zugleich führen kann: die kräftigste Unterstützung der Versammlungen unserer Volksvertreter von Seiten des Volkes, die laute Verkündung, daß der Wille des Volkes sie trägt und stützt, wenn sie seine Rechte und seine Ehre wahren. Der energisch und einmüthig ausgesprochne Wille eines ganzen Volkes allein vermag schon durch seine moralische Erhebung strafbare Sondergelüste niederzuhalten.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Sitzung vom 7. September.

Nachdem das Protokoll verlesen und einige Urlaubsgesuche bewilligt worden sind, erhält der Minister-Präsident das Wort. Er verspricht seinen Standpunkt offen und klar darzulegen und erklärt von vornherein, daß, wenn die Regierung in dem Beschluß vom 9. August die Absicht erkannt hätte, eine Gewissens-Erforschung unter öffentlicher Autorität einzuführen, sie sich nie zur Ausführung dieses Beschlusses hergegeben hätte. Wenn aber auch jene Absicht nicht in demselben liege, so sei der Wortlaut des Beschlusses so gefaßt, daß er einer solchen Auslegung auch nicht wider-

spricht und deshalb war der Regierung die Ausführung des Beschlusses nicht möglich. Um indessen mit der Kammer im Einverständniß zu bleiben, habe die Regierung einen Mittelweg eingeschlagen, den einzigen, welcher mit dem Prinzip der Konstitution übereinstimmend sei, sie habe nämlich den Beschluß erfüllt, und er (der Minister) wolle die Gründe entwickeln, weshalb sie den Wortlaut des Beschlusses nicht erfüllen konnte. Dieser Weg sei durchaus geeignet; denn abgesehen davon, daß die Verhandlungen und Beschlüsse der Kammer durch die allgemeine Verbreitung der stenographischen Berichte Jedem, also auch den Offizieren bekannt seien, habe der Kriegs-Minister den Befehlshabern die Mahnung zugehen lassen, jeder gegen die Konstitution gerichteten Bestrebung im Heere, komme dieselbe von reactionärer oder republikanischer Seite, mit der größten Strenge entgegenzutreten. Dieser Erlaß sei den kommandirenden Generalen mitgetheilt, mit dem Ersuchen von demselben Gebrauch zu machen und überall nach seinem Inhalt zu verfahren. Der Minister könne nicht einsehen, wie nach allem diesem das Verfahren der Regierung der Gegenstand so heftiger Angriffe sein könne. Habe auch die Versammlung das unbestrittene Recht, ihr Mißtrauen gegen die Regierung auszusprechen, so sei der vorliegende Fall keine Veranlassung dazu, da es sich hier nur um eine, ihrem Geiste nach noch dazu erfüllte Verwaltungs-Maßregel handle. Es müssen diesem Tadel Voraussetzungen zu Grunde liegen, die das Ministerium nicht kenne. Würde der Stein'sche Antrag in seinem Prinzipe anerkannt, so werde damit der Sitz der Regierung in die Kammer verlegt und die Ministerbank würde dann nur ein Exekutiv-Ausschuß bleiben. Uebrigens handele es sich hier nicht um Personen, sondern um einen jener großen Grundsätze, von denen das Wohl und die Zukunft des ganzen Vaterlandes abhänge. — v. Unruh: Die Wichtigkeit der gegenwärtigen Verhandlung erheische und lasse voraussetzen, daß die Beschlüsse der Kammer diesmal nur das Resultat einer eiskalten Ueberlegung sein würden. Er wolle sich zunächst darauf einlassen, die gegen den Stein'schen Antrag vorgebrachten Gründe zu beleuchten. Er weist nun zunächst die Anschuldigung zurück, daß der Antrag in seiner Form unkonstitutionell sei; er gäbe aber zu, daß derselbe nicht ganz parlamentarisch sei und um diesen Fehler zu verbessern, habe er in seinem Amendement die äußere Form des Steinschen Antrages in die eines Mißtrauensvotums verwandelt, nicht nur gegen dieses Ministerium, sondern gegen jedes, welches sich weigert, die Beschlüsse der Versammlung auszuführeu. Man habe ferner gesagt, durch Annahme des Stein'schen Antrages erkläre sich die Versammlung als ein souverainer Konvent; auch dies ist nicht wahr. Jede Kammer habe das Recht, der Regierung ein Mißtrauensvotum zu geben und wenn der Minister-Präsident die Veranlassung zu einem solchen geläugnet habe, weil der Gegenstand nur eine Verwaltungs-Maßrrgel betreffe, so mache er darauf aufmerksam, daß die Mißtrauensvota sich immer nur auf die Ausführung von Verwaltungs-Maßregeln beziehen könnten, nie aber auf Gesetzvorschläge, da man diese eben nur anzunehmen oder zu verwerfen habe. Fasse eine Kammer wirklich einmal einen für das Land gefährlichen Beschluß, so habe in andern Ländern und unter anderen Verhältnissen die Krone das Recht des Veto oder die Kammerauflösung. Hier stehe der Krone keins von beiden zu und die Beschlüsse einer konstituirenden Versammlung müßten immer unbedingt ausgeführt werden. Geschehe dies nicht, so wäre das der erste offizielle Schritt der Reaktion. Allein auch seinem Inhalte nach ist der Stein'sche Antrag nicht nur nicht gefährlich, sondern seine Annahme sei eine Schuld, welche die Kammer sowohl der Armee, als dem Lande, besonders aber auch dem Interesse der Krone abzutragen habe. Sein Amendement sei nichts als eine authentische Interpretation des Stein'schen Antrages, dessen eigentliche Tendenz die sei, eine Uebereinstimmung und Verschmelzung zwischen Volk und Heer herbeizuführen, dieselbe Tendenz, welche die königliche Ansprache vom 20. März an die Officiere in Potsdam zum Inhalt habe. Der Minister-Präsident habe von einem Erlasse an die kommandirenden Generale gesprochen und sich auf die allgemeine Verbreitung der stenographischen Berichte berufen; allein abgesehen davon, daß die stenographischen Berichte nicht authentisch sind und daß die Kammer den Inhalt des erwähnten Erlasses noch gar nicht einmal kenne, so bezog sich der Beschluß vom 9. August auf einen Erlaß an die Armee und nicht blos an die kommandirenden Generale. Das Ministerium habe also auch jenen Beschluß nicht einmal seinem Geiste nach ausgeführt. Wir stehen in diesem Augenblicke zwischen der Contrerevolution und einer neuen Revolution. Heute gar keinen Beschluß fassen, hieße die Versammlung vernichten. Geschehe aber auch was da wolle, das Centrum, welchem er angehöre, werde seine Schuldigkeit thun. — Sein Amendement (s. gestr. Tages-Ber.) wird vom Centrum hinreichend unterstützt, dagegen fällt das vermittelnde Amendement Harrassowitz. Das Amendement Tamnau wird von der Rechten unterstützt, es lautet: die National-Versammlung wolle erklären wie folgt: die Nat.-Versamml. hat bei ihrem Beschl. v. 9. Aug. d. J. die Absicht gehabt, an die Befehlshaber der Armee einen ähnlichen Erlaß herbeizuführen, wie ihn die Ministerien der Finanzen und des Innern unter dem 15. Juli an die Regierungs-Präsidenten erlassen haben. Sie beabsichtigte nicht, die Offiziere der Armee zur Darlegung ihrer politischen Gesinnungen oder dem Kriegs-Minister den Wortlaut des Erlasses vorzuschreiben. Sie erachtet aber einen derartigen Erlaß, in welchem die Offiziere der Armee vor reactionären und republikanischen Bestrebungen gewarnt werden, im Interesse des staatsbürgerlichen Friedens und zur Förderung des neuen constitutionellen Staatssystems für nothwendig." — Schultz (Wanzleben) deutet auf die reactionären Bestrebungen hin, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien, Frankreich u. s. w. Er verwahrt sich gegen die Absicht irgend eines Gewissenszwanges und der Vernichtung der Disciplin im Heere. Die Versammlung sei der Träger des souveränen Volkswillens und dürfe es nicht dulden, daß das Ministerium diesen gar nicht oder doch nur auf Umwegen ausführe. Sie gestände damit dem Minist. ein Veto zu, das bis jetzt nicht einmal die Krone habe und das der erste Schritt der Contrerevolution wäre. Die Ehre der Versammlung und des Volkes fordere das Stehenbleiben der Versammlung bei ihren früheren Beschlüssen; er bitte und beschwöre die Versammlung nicht, sondern er fordere es von ihr, daß der Stein'sche Antrag ohne jedes Amendement und ohne jede Frage angenommen werde. — Reichensperger dringt zunächst auf Trennung der persönlichen und der sachlichen Seite der Frage und findet eine erfreuliche Uebereinstimmung in der Versammlung darüber, daß die Beschlüsse vom 9. August keinen Gewissenszwang beabsichtigen, daß sein Wortlaut aber jedenfalls einer Erklärung bedürfe. Die Schuld des gegenwärtigen Conflictes liege auf beiden Seiten; die Kammer habe etwas zu viel gesagt, das Ministerium etwas zu wenig gethan. Beide müßten neben einander fortbestehen und deßhalb sich gegenseitig Concessionen machen. Mäßigung und Selbstbeherrschung seien in jeder Versammlung nöthig, vor Allem aber in einer constituirenden. Er stimmt für das Amendement Tamnau. Temme: Die Sachlage in dieser Frage sei eine sehr einfache und doch zugleich höchst eigenthümlich einfach darum, weil der Thatbestand klar vorliege, daß die Versammlung einen Beschluß gefaßt und das Ministerium die Ausführung desselben verweigert habe; eigenthümlich und vielleicht unerhört dadurch, daß das Ministerium bisher gar nichts gethan habe. Wenn ein verantwortliches Ministerium einen Beschluß der Kammer nicht glaubt ausführen zu können, so bleibt ihm nur übrig, entweder abzutreten oder die Kammer aufzulösen. Das letztere habe das Ministerium nicht gekonnt, da, wie schon erwähnt, eine konstituirende Versammlung nie aufgelöst werden kann; das Erstere habe es nicht gewollt. Das Ministerium ist geblieben und hat dadurch die Nationalversammlung provocirt, ja es fordere jetzt sogar von ihr die Anerkennung seines Verhaltens. Damit fordere es die Anerkennung, daß entweder der Wille der Nationalversammlung den des Volkes gar nicht repräsentire oder, wenn dies der Fall sei, daß der Wille des Volkes dem der Regierung gegenüber nichts gelte. Wäre das Erste wahr, so könne kein Mann von Ehre länger in der Kammer bleiben; wollte man das zweite anerkennen, so spräche man damit aus, daß nicht die Regierung des Volkes willen, sondern das Volk um der Regierung willen da sei. Das Ministerium sei ungeschickt gewesen, indem es, sonst so schnell bereit mit Cabinetsfragen, diese Prinzipienfrage nicht am 11. August schon sogleich zur Cabinetsfrage gemacht habe. Es sei aber auch jetzt noch ungeschickt und verblendet, indem es nicht einsehen wolle, daß, wenn es heute wirklich eine Majorität in der Kammer für sich hätte, es doch den Willen des ganzen Volkes gegen sich habe. Er erkläre, daß, wenn der Stein'sche Antrag nicht unbedingt von der Kammer angenommen werde, seinen und seiner Freunde Austritt aus der Versammlung, die Folgen eines solchen Schrittes aber habe nur das Ministerium zu verantworten. — Baumstark spricht in längerer Rede für das Amendement Tamnau und hebt hervor, daß, wenn das Prinzip des Stein'schen Amendements durchgehe, kein Minist. sich halten könne, am Wenigsten ein Minist. der Coalition. Er und seine Freunde würden nicht austreten; sie wünschten eine Modification des Antrages im Sinne des Tamnau'schen Amendements nicht um eines Ministerii willen, sondern weil sonst das Vaterland in Gefahr sei. — Grebel weist die Nothwendigkeit im Beschluß vom 9. August, sowie die Uebereinstimmung seines Inhaltes mit dem Inhalt eines Tagesbefehls vom J. 1840 und einer Cabinets-Ordre Friedr. Wilh. III. v. J. 1798 nach, der Kriegs-Minister habe den Beschluß vom 9. August unpassend genannt, werde er auch die Cadinets-Ordre Fr. Wilh. des Gerechten unpassend nennen? Der Kriegsminister habe gesagt, „ich werde meine Pflicht thun, ich bin verantwortlich!" — so solle er sie jetzt thun, und will er, oder kann er es nicht, so soll er abdanken. Er (Gr.) und seine Freunde würden unbedingt am Stein'schen Antrage festhalten, wenn auch das Ministerium ein ganzes Dutzend Cabinetsfragen entgegenstellte. — Minister Hansemann. Er entschuldigt sich zuerst, daß er keinen logisch geordneten Vortrag geben, sondern nur auf einzelne Einwürfe der Gegner eingehen könne. Er versucht zu beweisen, daß die Freiheit des Staates gerade durch das Gleichgewicht der getrennten Gewalten garantirt werde; er fragt die Herren von der Linken, ob sie denn glauben, daß ihr Beschluß vom 9. August wirklichen Einfluß auf die Gesinnung der Armee haben oder „ob er Wohlbehagen bei manchem Offizier hervorbringen werde, jetzt wo es darauf ankomme, nicht Zwietracht, sondern Eintracht zu säen. Er weist endlich die Beschuldigung der Ungeschicklichkeit vom Ministerium zurück und zählt auf, wie viel dasselbe, trotz der mancherlei Hindernisse, für die Hebung der Gewerbe, die Herstellung des Vertrauens, die Einbringung wichtiger Gesetz-Entwürfe und die Umgestaltung der Staatsverwaltung gethan. Gefehlt habe das Ministerium allerdings dadurch, daß es am 9. August geschwiegen; zur Entschuldigung diene ihm aber dies, daß es die Annahme jenes Beschlusses durch die Majorität für etwas Unglaubliches gehalten habe. Außerdem sei ja von einer gewissen Seite her den Ministern der Vorwurf gemacht worden, sie sprächen zu viel in der Kammer. Ein großer Theil der Schuld liege auch in dem mangelhaften Geschäfts-Reglement, das jedenfalls abgeändert werden müsse. **Er erkläre im Namen des Staatsministeriums, daß dasselbe sich weder der Annahme des Stein'schen Antrags, noch des Unruh'schen Amendements irgendwie fügen werde.** Die Verantwortung aber falle nicht auf die Minister, sondern auf Diejenigen, welche nicht Mäßigung genug besitzen, um von einem Schritte abzustehen, **dessen mögliche Folge nicht nur die Schwächung der Regierung, sondern die Vernichtung der Hauptstadt Berlin und des ganzen preußischen Vaterlands sein könnte.** — Abegg spricht gegen den Stein'schen Antrag, Terrorismus im Interesse der Freiheit bleibe Terrorismus, man möge den Geist der Mäßigung walten lassen. Bucher stimmt für Stein und macht darauf aufmerksam, wie die Versammlung keine konstituirte, sondern eine konstituirende sei; er könne nicht mit übereinstimmen mit der so naiven Auffassung des Hrn. Finanzministers; er sei selbst Richter, aber er müsse bedauern, daß so viele Juristen in der Versammlung säßen, denn diese seien gewohnt, den beschränkten Maßstab des gewöhnlichen Rechts anzulegen, wenn es sich um Dinge handle, wo dieser Maßstab keineswegs passe. Man hat oft gesagt, wir sollten nur danach streben, die Verfassung zusammenzubringen; aber, meine Herren, noch gelten alle Gesetze, noch bestehen alle Behörden des Absolutismus, dessen ganzes Gebäude man durch eine Märznacht gefallen wähnt. Man weist uns hin auf das Wahlgesetz, man bestimmt ängstlich danach unsere Kompetenz, meine Herren, wir müssen nicht wie ein Gelehrter in seiner Studirstube blos mit dem Wahlgesetz in der Hand die Verfassung machen. Mit offenen Augen müssen wir um uns blicken und thun, was geschehen muß. Ich verwahre mich auf's Feierlichste gegen die Verrückung der Frage; ich will nicht berühren das Verhältniß des Ministeriums in Betreff der Gemeinde-Ordnung, des Tumultgesetzes, aber dem Hrn. Finanzminister will ich sagen, die Nachwelt wird richten zwischen uns und ihm. Er freue sich, daß man zurückgehe auf jene Versammlung nach der ersten Revolution Frankreichs; die größten Geschichtsforscher Europa's hätten entschieden, wie gerade durch das Unaufrichtige, mit dem man den Forderungen des Volks damals Gehör gab, das Unaufrichtige und Unwahre, das in dem ganzen Zustande lag, die Schreckensherrschaft herbeigeführt hätten. — Tamnau für sein Amendement: ein legislativer Körper könne nicht administrativ sein, er sehe nicht ein, wie man dazu komme, dem Ministerium ein Mißtrauensvotum zu geben. Er habe aber auch Achtung vor dem Beschlusse der Versammlung und habe deshalb sein Amendement gestellt. — Minister Schreckenstein: Ich erkläre in meinem und im Namen meiner Kollegen, daß wir dem Tamnau'schen Amendement beitreten und einen solchen Erlaß geben werden. — Weichsel: Ich entscheide mich für Steins Antrag und bin gegen die Halbheit, die sich in den verschiedenen Amendements ausspricht. — Der Redner bemerkt, wie er glaube, daß nicht Jeder in dieser Versammlung immer nach seiner Ueberzeugung gestimmt habe, sondern daß man sich vorher über die Abstimmungen geeinigt. — (Es erhebt sich großer Lärm auf der Rechten, Ruf: zur Ordnung! Die Linke bleibt ruhig.) Der Präsident (Phillips) ruft den Redner zur Ordnung. — Forstmann spricht gegen den Antrag; es sei endlich Zeit, dem Unwesen einer Partei ein Ende zu machen, die durch Interpellationen und Dringlichkeits-Anträge in einem gleißnerischen Gewande Alles knechten wolle unter die blutige Tyrannei der Volksherrschaft. — Das Land werde auch darauf antworten. (Die Linke bleibt ruhig wie bisher.) — Schultz (Delitzsch) für Stein's Antrag: Meine Herren, ich könnte

Ihnen Material geben, das Ihnen den Beweis lieferte, für die reactionäre Gesinnung, die in einem Theile der Armee herrscht. Das Ministerium hat die Frage nackt und schroff in unsere Mitte geworfen, wir wollen entschieden antworten. Wir hören immer, wie man uns zur Last legt, daß wir in die Administration eingreifen, behalten wir doch unseren Zustand im Auge. Die Krone auf der einen, das Volk auf der andern Seite haben nach einem Kampfe einen Waffenstillstand geschlossen und unterhandeln wegen eines dauernden Friedens. Greift man diesen Zustand an, so befinden wir uns mitten in der Revolution. Entweder das Kabinet tritt ab, oder die National-Versammlung hat keine Wirksamkeit mehr, sie ist todt. Es handelt sich um mehr, als um eine Kabinetsfrage. Die Regierung, erkennen wir das an, will auch ihren Nachfolgern die Obmacht über die National-Versammlung erwerben. Der staatliche Zustand, den wir herbeiführen sollen, ruht wesentlich auf der Herrschaft der Majorität. Man führt Wirren herbei, die nicht anders zu lösen, als durch einen Staatsstreich, er komme von einer Seite, von welcher er wolle. Ich komme zur Kompetenzfrage. Das Wahlgesetz, das, wie gesagt wird, unsere Kompetenz bestimmt, läßt uns freie Hand in der Wahl der Mittel, durch die wir eine Verfassung vereinbaren. Aber auch abgesehen davon, meine Herren, was würden Sie zu einem Schiffer sagen, der, bei einem Sturm nach seinen Instructionen sehen wollte! Wir sind in demselben Fall, wir haben ein schwierigeres Amt, das Staatsschiff zu lenken. Auch ich appellire an eine höhere Prüfungs-Kommission, an die Geschichte. — Min.-Präs. bemerkt, der Kriegs-Minister habe sich am 9. August gegen den Beschluß der Versammlung erklärt, welche Bemerkung später von Elsner bei Vorlesung der betreffenden Rede des Kriegs-Ministers aus dem stenographischen Bericht entkräftet wird. — Min. Kühlwetter bemerkt: wie man sich vorzüglich hüten müsse, diese Prinzipienfrage als Personenfrage zu betrachten. Er macht aufmerksam auf die Trennung der Gewalten in einem constitutionellen Staate, spricht von dem Convente und bemerkt, wie die Regierung und die Kammer zusammen die Volksvertretung bilde. Er zieht Parallelen mit Frankfurt bei Gelegenheit des Zitz'schen Antrages. Die gegenwärtige Versammlung sei nur aus dem Gesetz, nicht aus einer Revolution entstanden. — Freiherr v. Loe gegen Stein's Antrag; er bemerkt, wie das verehrte Mitglied für Usedom einst vom Minister-Tische erklärt habe, daß administrative Maßregeln über die Kompetenz der Versammlung hinausgehen. Das fortwährende Schreien von Reaction komme ihm vor, wie der frühere häufige Gebrauch des Wortes Demagogie, die Furcht vor Reaction sei eine Gespensterfurcht. Das Volk, das im März ohne Waffen die Freiheit errungen habe, werde sie wohl jetzt mit Waffen schützen können. Mäßigen Sie Ihre Leidenschaften, meine Herren! — Rodbertus (als persönliche Bemerkung): er erinnere sich sehr wohl der Worte, die er vom Minister-Tische gesprochen, sie stehen vollkommen damit im Einklange, wenn er heut für Stein's Antrag stimme; es hätte sich damals um Einziehung von Informationen gehandelt, jetzt handle es sich darum, Beschlüsse, und mit ihnen die Versammlung selbst aufrecht zu erhalten. Das sei eine Prinzipienfrage und man könne den gegenwärtigen Fall wohl nicht vergleichen mit dem damaligen. Präsid. Grabow frägt die Versammlung: ob sie in Folge der bei ihm eingelaufenen Anträge die Berathung auf ½ Stunde oder bis 3 Uhr sistiren wolle? Die Versammlung erklärte sich dagegen. — D'Ester spricht für Stein's Antrag, gegen die Amendements: die Pflichtverletzung des Ministeriums sei bereits eingetreten, sie trete nicht erst heute ein. Man möge im J. 1848 nicht sprechen von der Politik Montesquieu's. Der Herr Minister sagt: die Gewalten müßten getrennt sein, und doch sind wir berufen, eine Verfassung zu machen, wobei auch erst entschieden werden wird, ob die Gewalten getrennt sind. Meine Herren, ich glaube an Gespenster, wenn sie meinen Gefühlen entsprechen. Die Reaction zeigt sich allenthalben und stützt sich, wir müssen es gestehen, auf einen Theil der Offiziere der Armee. Das Ministerium macht sich zum Mitschuldigen einer Contre-Revolution. — Milde: er sehe nur, wie man die Versammlung zum Convent machen wolle. Alles handle sich um Beschlüsse, die vielleicht durch eine plötzliche Ueberrumpelung hervorgerufen. „Meine Collegen haben — ich war leider nicht da — nicht an die Majorität geglaubt.“ — D'Ester (als persönliche Bemerkung): es ist allein die Frage, ob die Minister eine souveräne Gewalt sind. — Harassowitz spricht für sein Amendement, in dem er eine Ausgleichung aller Meinungen sieht, wenn man sich eben ausgleichen und sich nähern wolle. — Berends sprach für den Stein'schen Antrag und wies auf einige in demselben Sinne lautende Adressen der Berliner Bürgerwehr an die Nationalversammlung hin. Präsident Grabow las eine der eingegangenen Adressen, so wie diejenige, welche ihm von Seiten des Commandos und des Stabes der Bürgerwehr zugegangen war, vor; die Letztere interpretirte er indessen nicht im Berends'schen Sinne. Meyer spricht für das Amendement Tamnaus „wegen seiner versöhnlichen und wohlwollenden Fassung.“ Elsner für unbedingte Annahme des Stein'schen Antrages. Pelzer: nach der Aussage des Abg. Berends wolle die Berliner Bürgerwehr die Versammlung terrorisiren. — Reichensperger (vom Platze aufspringend unterbricht den Redner): wenn dem so sei, dann sehe er die Freiheit der Debatte gefährdet und trage auf Verlegung der Nationalversammlung von Berlin weg an. (Großer Tumult.) Grabow verliest die Adresse des 68. Bezirks, welche Berends eingebracht hat und sieht durch dieselbe die Freiheit der Debatte nicht gefährdet. Pelzer (fortfahrend): Berends wolle die Versammlung captiviren (Ruf von der Linken: das ist nicht wahr!); er würde aber, selbst wenn Bajonnette in den Saal drängen, nicht weichen; er fürchte übrigens Nichts von der Bürgerwehr. Er stimmt für das Amendement Tamnau. — Uhlich spricht für den Stein'schen Antrag, welcher nicht nur nichts von Inquisition enthalte, sondern noch viel milder gefaßt sei, als die Erlasse der beiden andern Ministerien an die Regierungs-Präsidenten. Er, der es sich zur Mission gemacht habe, immer zu vermitteln, stimme für den Antrag, gerade weil er in demselben die Absicht ausgesprochen finde, die bürgerfeindliche, inhumane und absolutistische Richtung des größten Theiles unserer Offiziere, die noch ein Erbtheil der früheren Zeit sei, zu mildern und Volk und Heer zu versöhnen. — Ein Antrag v. Ritz auf Vertagung wird verworfen, der Antrag von? auf Schluß dagegen angenommen, nachdem Pape dafür und Euler gegen denselben gesprochen hat, da er den Begriff einer authentischen Interpretation eines Kammerbeschlusses noch gar nicht erörtert findet. Stein als Antragsteller erhält das Wort und macht darauf aufmerksam, daß die Amendements Unruh und Tamnau eigentlich gar nicht Amendements zu seinem Antrage, sondern ganz neue Anträge seien. Er müsse auf seinem Antrage bestehen, da bekanntlich das Gesuch an den Kriegs-Minister völlig unbeachtet geblieben ist, eine Aufforderung an das Staatsministerium zu beschließen. Das Ministerium müsse keinen Funken von konstitutionellem Gefühl haben, da es bisher die Kammer nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Es handele sich allerdings, wie schon erwähnt, um die Gründung einer dritten Souverainetät, nämlich der des Ministeriums. So schwer das Gewicht der Entscheidung, so leicht sei doch die Wahl. „Auf der einen Seite — so schließt der Redner — die Sache der Freiheit und des Volkes, auf der andern das Ministerium; auf der einen Seite der Versuch der Vereinigung zwischen Volk und Heer, auf der andern Seite das Ministerium; auf der einen Seite das Festhalten eines einmal gefaßten Kammerbeschlusses, auf der andern wieder nur das Ministerium. Jetzt wählen Sie!“

Bei der namentlichen Abstimmung waren für das Amendement Unruh 38 Stimmen, dagegen 320, (43 fehlten, 1 stimmte nicht mit); für das Amendement Tamnau 156, dagegen 210 (36 fehlten); für den Stein'schen Antrag 219, dagegen 152, 39 fehlten. (Lauter Beifall auf den Tribünen, die Minister entfernten sich schweigend.) Schluß 5½ Uhr. — Beim Herausgehen aus der Singakademie wurden den Deputirten der Linken vom Volke Hurrah's gebracht. Den Deputirten Stein und Waldeck wurden im Wegfahren die Pferde vom Wagen gespannt und dieser vom Volke die Linden entlang gezogen.

Berlin, 6. Sept. [Gestern ist die Centralabtheilung für Kirche und Schule zusammengetreten.] Außer den Referenten der Abtheilungen fanden sich ein: der Herr Ministerpräsident, die Herren Minister der Justiz und des Innern und der Ministerialdirektor v. Ladenberg, welcher letztere den Professor Richter uud den Regierungsrath Stiehl als Techniker zur Seite hatte. Somit bestand die Centralabtheilung aus 15 Berathenden. Nach dem Berichte des Vorsitzenden Abg. Philipps liegen gegen 1000 Petitionen vor, welche die Kirche und Schule in ihrem Verhältnisse zum Staate betreffen. Es wurde zur Berathung des Artikel 18 geschritten: Verhältniß von Kirche und Staat. Die zweite Abtheilung hatte auf Veranlassung des Predigers Sydow den Antrag gestellt, an die Spitze den Satz zu stellen: die Kirche ist vom Staate getrennt. Die Centralabtheilung hat diesen Satz verworfen, weil er einerseits zu vielen Mißdeutungen Anlaß gibt, andrerseits der Begriff Kirche im Staatsrechte keine Anerkennung finden dürfe, da der Staat, wie auch schon das Landrecht, es nur mit Religionsgesellschaften zu thun haben könne, der Begriff Kirche aber ein kirchlicher, dogmatischer Begriff sei. Ebenso ist der Antrag, daß allen Religionsgesellschaften gleicher Rechtsschutz zugesagt werde, verworfen: einmal, weil die Religionsgesellschaften stets den gesetzlichen Schutz der Gesellschaften, resp. Corporationen, in Anspruch nehmen können, der Satz also überflüssig ist; sodann, weil dieser Satz an eine besondere Schutzherrlichkeit des Staates der Kirche gegenüber, an die advocatio ecclesiae erinnert, davon aber fortan nicht die Rede sein kann. In dem Artikel 18 der Verfassungsurkunde sieht die Centralabtheilung das Prinzip der Trennung der Kirche vom Staate genügend ausgesprochen.

Abends 8½ Uhr. In diesem Augenblick begiebt sich eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten zu dem Ministerpräsidenten Herrn v. Auerswald und zu dem Präsidenten der Nationalversammlung Herrn Grabow, um, ohne auf die vorliegende Frage (den Stein'schen Antrag) selbst näher einzugehen, denselben Mittheilungen über die in der Stadt herrschende Aufregung und deshalb morgen zu befürchtenden Conflikte zu machen und den dringenden Wunsch der Communalbehörden auszusprechen, daß eine Ausgleichung der obschwebenden Differenzen noch möglich gemacht werde.

Berlin, 7. Septbr. [Tagesber. des C.-B's.] Jetzt am Nachmittage (4½ Uhr) debattirt man in der Kammer über die wichtigste aller bisherigen Fragen, von deren Bedeutung alle Parteien gleich durchdrungen sind. Welches Resultat die heutige Sitzung geben wird, ist im Augeublick noch nicht abzusehen. Die Linke beharrt bei ihrem Beschlusse. Ihr Betragen in der Kammer war würdevoll, keinerlei Beifalls- oder Mißfalls-Aeußerungen kamen von ihrer Seite. Ebenso wie der Minister Hansemann krank in der Kammer erschien, so erschien auch der Abg. Schramm (für Striegau) in einem sehr leidenden Zustande in der Kammer, um der Berathung beizuwohnen. In der Stadt herrscht zwar eine äußere Ruhe, doch ist Alles in der größten Aufregung und erwartet das entscheidende Resultat der Abstimmung. Die Bürgerwehr scheint entschieden auf der Seite des Volkes zu stehen und hat als Ausdruck ihrer Gesinnung eine Adresse in diesem Sinne an die National-Versammlung gerichtet und durch ihr Kommando heut morgen überreichen lassen. — Das Militär hat gestern Abend scharfe Patronen erhalten, die Kavallerie hat seit früh 5 Uhr gesattelt, um, wie versichert wird, bei einem Beginn des Kampfes, die Stadt zum Theil zu verlassen. — Mehrere Bataillone Bürgerwehr sind in der Nähe der Singakademie konsignirt, und die Umgebungen der letzteren sind von Menschenmassen angefüllt. Die Comité's der verschiedenen Klubbs haben ihre Sitzungen den ganzen Tag über abgehalteu. Plakate und Proteste gegen das Ministerium werden zahlreich verbreitet. — Der Abg. Jahr hat in einem Amendement zu dem Gesetz über Erhöhung der Maischsteuer darauf angetragen, den Steuersatz für 900—6000 Quart nach einer Scala von 2 Sgr. 3 Pf. bis 3 Sgr. pro 20 Quart Maischraum zu bestimmen, damit durch das Gesetz nicht etwa die kleineren Brennereien zu Grunde gerichtet würden, und den Unterschied von landwirthschaftlichen und anderen Brennereien, sowie jede Zeitbeschränkung hinsichtlich des Betriebes wegfallen zu lassen. — Zu § 43 des Bürgerwehr-Gesetzes hat der Abg. Bauer (Berlin) das Amendement gestellt, daß es der Bürgerwehr freistehen solle, bei sich Artillerie einzuführen, wenn die berechtigte Gemeinde nachweise, daß sie die nöthige Bespannung und Mannschaft für mindestens vier Geschütze stelle. Die Geschütze solle der Staat liefern. — Der Abg. Räntsch hat den dringenden Antrag gestellt, daß das Ackerbauministerium der Stadt Tempelburg, wegen der dort stattgehabten und durch das Erkenntniß zweiter Instanz festgesetzten Separation, bei welcher Betrügereien der Geometer stattgefunden und erwiesen seien, ein weiterer Rechtsweg, insbesondere eine Nullitätsklage auf Grund des geschehenen Betruges eröffnet und eine anderweitige Gemeinheitstheilung eingeleitet werde. — Der Redakteur der Ostsee-Zeitung, Herr Maron, ist jetzt im Interesse der Freihandels-Bestrebungen, die in Stettin viel Anklang und Förderung gefunden, hier anwesend. — Der Volksredner Karbe wird heute steckbrieflich verfolgt, obgleich bekannt ist, daß derselbe hier anwesend, und in vielen Versammlungen als Redner auftritt.

Berlin, 7. September. [Vor und nach der Abstimmung über den Stein'schen Antrag.] Ich schreibe Ihnen diese Zeilen noch während der parlamentarischen Schlacht. Es ist 1 Uhr Nachmittags und noch immer keine Entscheidung, die mit banger Gespanntheit erwartet wird. Vor dem Sitzungssaale stehen Tausende von Menschen, debattirend und kombinirend und sobald einer der Glücklichen, die dem Kampfe zugeschaut, erschöpft und matt unten erscheint, wird er umringt und mit Fragen bestürmt. Die Haltung der Versammlung ist diesmal eine ernste und würdevolle, kein turbulentes Hin- und Hergewoge, kein Zeichen des Beifalls oder Mißfalls, jeder fühlt die Bedeutung des Augenblicks. Selbst in der Menge draußen herrscht ernste Stille. Einmal trat Hansemann aus dem Sitzungssaale. Wahrscheinlich durch die Volksmassen erschreckt, lief er schnellen Schrittes nach seiner Wohnung und eine Masse hinterher, ohne jedoch beleidigende Laute hören zu lassen. Die Minister sprechen mit vieler Zuversicht, man möchte sagen, mit siegesgewisser Herausforderung. Es ist, als lauerte ein coup de main im Hintergrunde, der sie retten müßte. Die Linke dagegen tritt mit Selbstbewußtsein und effektvol-

ler Uebereinstimmung auf. Man sieht, sie ist in dem, was sie zu thun hat, einig und weiß, daß die Sympathien des Volkes ihr zur Seite stehen. Die fliegenden Buchhändler tragen Lithographien unter der Menge herum, welche den Sturz des Ministeriums antizipiren. Man sieht sieben Gestalten an sieben Laternenpfählen baumeln! Referent sah selbst, wie sich Hansemann ein solches Bild kaufte. Eine schöne Aussicht! äußerte er. Hin und wieder tauchte ein Redner aus der Masse auf; einer las ein so eben erschienenes Plakat von Held vor, der sich wieder zum Monitor des Berliner Volkes aufwirft.

Vier Stunden später. Es tritt Jemand aus der Sing-Akademie und verkündet laut, daß der Stein'sche Antrag mit 67 Stimmen Majorität angenommen worden ist. Endloser, ungeheurer Jubel. Es erscheinen einige Deputirte der Linken. Eine Gasse bildet sich, Hurrah empfängt sie. Darauf fragt Dr. Eichler, ob die Mitglieder der Rechten so viel Vertrauen zu dem Berliner Volke haben könnten, daß sie ohne Insulte die Sing-Akademie zu verlassen im Stande wären. Allgemeines Ja. Tiefe Stille, als die Herren passiren. Da erschien Reichenbach. Der Jubel bricht von Neuem los; derselbe konnte nur gesteigert werden, als es heißt: Der Deputirte Stein! Ein Hurrah und Hoch von all den Tausenden und wieder Hurrah und Hoch. Man nimmt ihn auf die Schulter und trägt ihn im Triumphe bis zur katholischen Kirche. Hier will sich Stein in eine Droschke setzen, um sich den Ovationen zu entziehen. Aber das Pferd wird ausgespannt und Stein durch den Mittelweg unter den Linden nach seiner Wohnung gezogen. Dort angekommen, bat er die Menge, ihn zu verlassen, da er zu angegriffen sei. Es geschah. Solch ein Jubel ist selbst in Berlin unerhört. Ein lauter und deutlicher Grabgesang für das Konstabler-Ministerium. Man spricht von Illuminiren und weiß Gott was Alles.

≏ **Berlin,** 7. September 6 Uhr Abends. [Jubel und Besorgniß. — Dem Rücktritte des Reichsministeriums wird der des preußischen Ministeriums folgen.] Die bisher denkwürdigste Sitzung der Nationalversammlung ist so eben beendigt, der Stein'sche Antrag mit 219 gegen 152 ist angenommen, nachdem das vermittelnde Amendement von Tamnau, wofür sich auch die Minister erklärten, von 210 gegen 156 verworfen ward. Vor der Kammer während des ganzen Tages große Aufregung; wohl gegen 10,000 Menschen sind im Kastanienwäldchen und in den inneren Räumen der Singakademie versammelt. Ein blutiger Aufstand war ohne diese Wendung der Dinge zu erwarten, Austritt der Linken in Masse und Constituirung derselben als dekretirende Versammlung. Ein endlos schallender Jubel begrüßt draußen die Deputirten der Linken; Stein wird im Triumph fortgetragen, er setzt sich in eine Droschke, die Menge spannt das Pferd vor der katholischen Kirche aus, und zieht ihn nach Hause. Die Minister begeben sich noch heute nach Potsdam; über das, was da kommen soll, ist man sehr im Unklaren; ein Ministerium Rodbertus soll gestern refusirt sein. Gleichzeitig mit diesen Ereignissen trifft hier die Kunde von dem Rücktritte des Reichsministeriums in Frankfurt ein und von einem dort gefaßten Beschlusse, den Krieg mit Dänemark fortzusetzen. (S. Frankfurt.) In Schleswig und Holstein bedeutende republikanische Bewegungen. — Hier große Aufregung, aber vorläufig Nichts zu fürchten. Eine schwere Gewitterwolke hängt über Berlin, die sich leicht im Geschützesdonner entladen könnte, da Andeutungen von einem großen Bruch vorhanden sind. Die Stadt soll heute illuminirt, die Kammer morgen auf eine Woche vertagt werden.

* **Breslau,** 8. Septbr. So eben, Nachmittags 2 Uhr 55 Minuten geht von Berlin die nachstehende telegraphische Depesche ein:

Die Ruhe der Stadt Berlin ist nicht gestört worden.

Stettin, 7. Septbr. [Tagesbegebenheiten.] Gestern Abend um 11 Uhr sollte das bekanntlich mit Zündnadelgewehren versehene Füsilier-Bataillon auf der Eisenbahn nach Berlin abgehen. — Der Volksverein hat gestern eine Adresse an die National-Versammlung zu Berlin gerichtet, worin er energisch auf Aufrechthaltung des am 9. August gefaßten Beschlusses dringt. Die vom constitutionellen Klubb vorgestern beschlossene Adresse gleichen Inhalts ist gestern ebenfalls an die National-Versammlung abgegangen. — Aus Anlaß der Anwesenheit einer hohen Militärperson sah man gestern ein Mitglied des hiesigen Offizierkorps zum ersten Mal mit einer dreifarbigen Kokarde von ansehnlicher Größe auf offener Straße herumgehen. (Ostsee-Ztg.)

Halle, 5. September. [Volksversammlung.] Laut zugegangenen sicheren Nachrichten hat vorgestern Nachmittag in Mücheln eine große, von etwa 8000 Personen besuchte Volksversammlung stattgefunden, die eine große Hinneigung zur republikanischen Staatsform nicht verläugnete. Auch die Beseitigung der Feudallasten ist zur Sprache gekommen; ein großer Theil war für Wegfall ohne alle und jene Entschädigung; ein nicht minder großer aber für eine Ablösung nach billigen Grundsätzen. Das Letztere möchte wohl das Vernünftigere sein. (Leipz. Z.)

Köln, 4. September. [Gottschalk und Anneke. — Ein katholischer Kongreß zu Mainz.] In einer gestern abgehaltenen Generalversammlung des Arbeiter-Vereins wurde beschlossen, die zwei Denunzianten der noch immer in Haft gehaltenen Gottschalk und Anneke durch Plakate an den Straßenecken der Stadt der öffentlichen Verachtung Preis zu geben. — Die Katholiken des Rheinlandes beabsichtigen, um die ihnen zukommenden Rechte auf Unabhängigkeit der Kirche u. s. w. zu konsolidiren, im Laufe dieses Monats einen allgemeinen Kongreß in Mainz abzuhalten, wozu dem Vernehmen nach in den nächsten Tagen Einladungen an die katholischen Vereine erlassen werden sollen. (Düsseld. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 5. Sept. [72ste Sitzung der National-Versammlung.] Mit großer Spannung wird die Sitzung eröffnet, die Zuhörer drängen sich haufenweise herbei, vor der Paulskirche bilden sich Queues, wie vor den Pariser Theatern, das Parlament ist überfüllt wie ein Bienenkorb, der Eine sitzt auf dem Andern. — Nach wenigen Worten und nach einem erhaltenen Schreiben des Reichs-Ministeriums, welches erst um 12 Uhr der Sitzung beiwohnen wird, vertagte sich die Versammlung bis um 12 Uhr.

Dahlmann erstattet Bericht: Ich bin nicht ausgerüstet, einen Bericht vorzulegen, wie Sie ihn in so hoher Sache erwarten. Ich kann Sie nicht durch den Irrgarten der Verhandlungen führen. Als wir Ausschußmitglieder zum zweiten Male zusammentraten, wurden jedoch die nothwendigsten Aktenstücke vermißt, besonders das Schreiben Camphausen's, welches durch ein anderes ersetzt wurde. Schon der frühere Waffenstillstands-Versuch Preußens mit Dänemark erregte allgemeinen Unwillen. Dänemark jubelte in allen seinen Organen zum Hohn und zur Schande Deutschlands. — Heckscher, der sich mit dem Reichsverweser damals in Wien befand, gab nicht die Zustimmung dazu, und v. Schmerling sprach sich kurz darauf hier für die Fortsetzung des Krieges unter dem Jubel der National-Versammlung aus. — Camphausen verlangte unbedingte Vollmacht zum Abschluß des Waffenstillstandes, sie ward aber nicht ertheilt. Der Reichsverweser stellte die neuen Bundestruppen unter den Befehl Wrangels als Reichsbefehlshabers, aber ohne Gegenzeichnung des verantwortlichen Reichsministers. Nach einem Schreiben des Reichs-Kriegsministers an Wrangel erhellt, daß nur von einem dreimonatlichen Waffenstillstande die Rede sein würde. — Jetzt haben wir einen siebenmonatlichen, und somit sind uns die Vortheile eines winterlichen Krieges gegen die Seemacht Dänemarks genommen. Wird der Vertrag genehmigt, so sind wir Abgeordnete von Schleswig-Holstein nicht mehr befugt, hier zu sitzen. Graf Moltke, der nicht einmal ohne persönliche Lebensgefahr sich in die Herzogthümer begeben darf, so verhaßt ist er, soll der Präsident der neuen Regierung werden. — Heckscher gestand, daß Preußen die Grenzen überschritten, daß aber der Waffenstillstand nicht entehrend sei und die Fortsetzung des Krieges einen europäischen Krieg herbeiführen könnte. — Der Ausschuß stellte aber den Antrag, die hohe Versammlung möge die Sistirung der militärischen und anderen Maßregeln beschließen. — Dieser Waffenstillstand führt die Herzogthümer wieder in die Knechtschaft der Dänen zurück und bedroht das Land mit Anarchie. Die drei Männer der provisorischen Regierung dort sind die vortrefflichsten und heute werden sie als Missethäter behandelt, und ihnen ist nichts vom Waffenstillstande mitgetheilt worden. Werden nicht die Freischaaren ganz Deutschlands zur Unterstützung der Herzogthümer herbeiströmen? Welche Folgen wird das für Deutschland haben? Wollen wir unsere Laufbahn beginnen mit einem Wort- und Treubruch? Unsere eigenen Landsleute dem Untergange widmen, dazu hab' ich den Muth nicht. Was hat den Engländer so groß gemacht? Jeder einzelne wiegt dort so schwer, als das ganze Vaterland, und hier handelt sichs um Hunderttausende. Dies ist zugleich die Einheit Deutschlands, sie soll gleich zerfetzt werden. Sie werden Ihr sonst so stolzes Haupt nie mehr erheben, wenn Sie dies zugestehen, meine Herren. Die da meinen zu triumphiren, sie werden fallen, denken sie an mein Wort! (Rauschender allgemeiner Beifall!)

Schubert aus Königsberg spricht für die Minorität des Ausschusses. 20 Mitglieder bildeten den Ausschuß, 11 haben gegen den Waffenstillstand gestimmt, 8 haben diesen Antrag gestellt: **„Ueber die Sistirung des Stillstandes soll erst nach den Verhandlungen und der ruhigen Prüfung dieses Waffenstillstandes Beschluß gefaßt werden.“** (Lindenau, Flottwell, Zenetti, Schubert, v. Würth, M. v. Gagern und noch zwei andere.)

Heckscher hatte nicht gestimmt. Der Waffenstillstand ist ratificirt; es fragt sich nun, ob Preußen dazu berechtigt war? deshalb müssen wir alle Papiere prüfen und die fehlen uns noch. Wenn Sie den Waffenstillstand nicht ratificiren, so haben wir den Bruch mit Preußen. Um ein Paar hunderttausende Deutsche zu gewinnen, entfernen Sie also 16 Millionen aus der Einheit (Preußen). Dazu kommt, daß 4 Millionen Deutsche seit lange petitionirt haben, um den Frieden zu erlangen. — Kriegsminister Peucker: Nach einer Meldung vom General Wrangel erfahre ich, daß die Observations-Armee noch in Apenrade stehe und eine Waffenruhe mit dem dänischen Befehlshaber beschlossen wurde mit 48stündiger Kündigung. Wenn Wrangel ohne Befehl der Central-Gewalt sich zurückziehen würde, so wäre es leicht, die Stellung wieder einzunehmen. Hüten Sie sich, die Einheit Deutschlands und den Frieden Europa's zu gefährden. — Schmerling: das Ministerium ist der einstimmigen Meinung, nicht auf die Verwerfung des Waffenstillstandes anzutragen. Für das Minoritätsgutachten. — Heinrich Simon: der Waffenstillstand wird erst gültig durch die Genehmigung dieser hohen Versammlung. Die Ausführung des Stillstandes muß sogleich sistirt werden, es vertragen sich diese Bedingungen nicht mit der Ehre Deutschlands. — Wir dürfen uns nicht scheu und irre machen lassen, durch wen es auch sei, selbst nicht durch die Drohungen Englands, Frankreichs und Rußlands. Eine große Erhebung würde durch Deutschland entstehen, Mann an Mann würde für unser Recht kämpfen. Oesterreich wird uns nicht hindernd in den Weg treten. Aber Preußen —. Das Volk in Preußen ist überall durch und durch deutsch. Die Reaktion der Aristokrvtie vermag nichts. Sollte Preußen muttermörderisch seine Hand erheben gegen die Einheit Deutschlands, das Volk in Preußen würde diese Illusion bald auflösen. Das preußische Ministerium kümmert uns nicht, die Ehre Deutschlands steht uns höher als die eines Ministeriums. Wir müssen an uns selbst glauben, damit das Volk an uns glaube. Die Stunde der Entscheidung ist da, mögen ihr die Männer nicht fehlen. Keine Rücksicht als die Ehre Deutschlands. (Bravo.) — Degenkolb spricht für das Minoritäts-Gutachten und von Gefahren des Krieges, des Bürgerkrieges mit einer deutschen Macht und mit den fremden Mächten. Zimmermann aus Stuttgart: dieser Waffenstillstand ist gegen die Vollmacht abgeschlossen worden. Wollen wir und haben wir eine Central-Gewalt, so müssen wir sie aufrecht erhalten. Sie bedarf den Beweis der Kraft; Nachsicht in dieser Sache wäre Schwäche in den Augen Europa's. Die Geistessuperiorität eines Ministeriums besteht darin, daß es seine Wirkungspunkte mit der Central-Kraft vereinigt. Feierliche Zusagen und Beschlüsse machen uns verbindlich, die Sache Schleswigs durchzusetzen. Wehe dem, der seine verpfändete Ehre wegen gewisser Nachtheile nicht einlösen will. Ich will die Einheit, aber nicht mit Verlust der Ehre. Diese Nachricht des Waffenstillstandes wird eben so schmerzlich die konstituirende Versammlung in Berlin berühren, als sie uns berührt hat. Das Ministerium in Preußen wird, wenn es Ehre im Leibe hat, untergehen. — Nur eine durch Niederlage geschwächte Staatsgewalt darf sich zertreten lassen, nicht aber eine kaum erstandene, frische Macht. Sollte die Majorität diesen Waffenstillstand billigen, dann lassen Sie die Glocken wieder läuten, die hier erschallten zur Ernennung der neuen Reichsgewalt, lassen Sie sie läuten zum Grabgeleite derselben Gewalt. (Beifall.)

Verschiedene Anträge, worunter der schmähliche, abscheuliche Neergardt's, die schleswig-holsteinischen Abgeordneten sollen sich der Abstimmung enthalten.

Bassermann: Die Sistirung des Waffenstillstandes wäre ein Treubruch gegenüber Dänemark und Schweden. Hier gilt es, in die Zukunft schauen. Er bedauert das arme Ministerium in Kopenhagen, das von den Ultradänen bestürmt wird, vielleicht bestürmt wird wegen dieses Friedens und der Germanisirung Schleswigs. Wie kann Dahlmann von der gefürchteten Knechtschaft der Herzogthümer sprechen? Das heißt die Leidenschaften aufregen. Wenn wir Ruhe haben, dann können wir die Ehre des Vaterlandes besser wahren. Ich glaube, in ganz Norddeutschland ist man froh, daß der Frieden wiederkehrt. Die Stimme hier in der Paulskirche ist nicht die alleinige Volksstimme in Deutschland (!!!). Wer soll den Krieg weiter führen, wenn wir Preußen beleidigen? Als die Nordamerikaner ihre Verfassung schufen, da waren 2 Staaten dagegen und sie wurde doch durchgesetzt. Wir stehen vor einem Abgrunde; bleiben wir davor stehen und stürzen uns nicht hinein. — Wesendonk: Es wäre tollkühn, diesen Waffenstillstand zu vertheidigen, das hat Bassermann auch nicht gethan, darum versuchte er's, uns einzuschüchtern. Wir müssen uns endlich zu einer großen und kühnen That erheben, wenn nicht die Achtung der National-Versammlung gänzlich verloren gehen soll. Ueber Krieg und

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 211 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 9. September 1848.

(Fortsetzung.)

Frieden soll nach dem Gesetze nur von der Central-Gewalt verfügt werden. Wie konnte unser Reichs-Ministerium der preußischen Regierung diese Vollmacht zum Friedensschluß geben, ohne sich die Genehmigung vorzubehalten? Dies wäre ein Fall, unser Reichsministerium in Anklagestand zu versetzen. Die Auflösung der provisorischen Regierung und Nichtanerkennung ihrer Beschlüsse ist eben so schmachvoll, als wenn man unsere Versammlung auflösen und alle unsere Bestimmungen vernichten wollte. Wer solch einen Waffenstillstand schließen kann, ist auch fähig, einen schmählichen Frieden zu schließen. — Das preußische Volk darf nicht verwechselt werden mit einer Camarilla. Unsere Ehre muß uns höher stehen, als das Interesse Einzelner. — Es ist wahr, eine gewisse Partei möchte den Bruch Preußens mit Deutschland. (Allgem. Beifall.) Wichmann verdächtigt die Schleswiger, daß die Plane Wrangel's von ihnen immer den Dänen verrathen wurden. Heute wollen sie nicht mehr Deutsche sein und werden. — Wenn das preußische Ministerium den Waffenstand selbst annullirt, so wird es von der preußischen konstituirenden Versammlung und vom preußischen Volke desavouirt werden, und wenn Sie den Waffenstillstand brechen, dann entzündet sich der Bürgerkrieg. — Engel: Der Verräther der deutschen Sache soll an der Spitze der Regierung zweier deutscher Herzogthümer stehen — der verhaßteste Mann in jenem Lande, der Graf Moltke; was Wichmann von der undeutschen Gesinnung der Schleswiger gesagt, ist ganz und gar unbegründet. — Radowitz berichtigt zuerst einige Mißverständnisse: ein Waffenstillstand ist kein Frieden; das Recht der Herzogthümer ist nicht von Dänemark losgerissen, Deutschland einverleibt zu werden, sondern nur seine Selbstständigkeit innerhalb Dänemark zu wahren. Deshalb können die Herzogthümer nur verlangen, vereinigt zu bleiben in einer Personal-Union und daß Schleswig im deutschen Bunde stehe. Diese Rechte greift der Waffenstillstand nicht an. Dennoch halte ich ihn für ungünstig. Man sagt, man müßte die dänische Gränze überschreiten und einen vortheilhaften Frieden erzwingen — wir kennen hier die Verhältnisse mit den andern Mächten nicht; aber gesetzt, Rußland hätte in diesem Falle den Krieg erklärt, gesetzt Schweden, gesetzt England, Frankreich hätten dasselbe gethan — können wir die Folgen berechnen? Unsere Pflicht geht so weit, als die Nützlichkeit geht. Deshalb stimmt der Redner für die Bestätigung des Waffenstillstandes, und trägt darauf an, die National-Versammlung wolle es der Centralgewalt anheimstellen, 1) den Waffenstillstand zu bestätigen, 2) von Preußen zu verlangen, daß es die Aktenstücke betreffs der Verhandlungen mit den Kabinetten, namentlich Londons und Petersburgs, der National-Versammlung zur Einsicht gestatte, und endlich 3) aus deren Mitte eine Kommission von 5 Personen zu ernennen, die diese Einsicht nehme und deren Resultat der Versammlung vortrage. — Blum: Von einem Minoritätsgutachten war gestern im Ausschusse nicht die Rede, also Niemand hat das Recht davon zu sprechen. — Gestern empfahl man uns Aufschub und Besonnenheit und heute wieder. — Am vorigen Freitag sagten uns dieselben Stimmen, die Minister, gleich über eine internationale Frage zu verhandeln, gestern und heute müssen wir Anderes hören. — Preußen schließt den Frieden ohne uns, ohne unsere Reichsgewalt. Derselbe Mund (Radowitz), der uns mit der Heervermehrung behauptete, der ganzen Welt trotzen zu können, macht uns heute bange mit jeder feindlichen Macht. — Wenn die Schleswig-Holsteiner wahre Männer sind, dann werden sie trotz des Waffenstillstandes Mann an Mann dagegen aufstehen und aus Deutschland würde die begeisterte Jugend hinüberströmen zur Hülfe. Ich vermag es nicht, kalt wie ein Fisch, die deutsche Nation mit dem Hunde zu vergleichen (wie Bassermann) aber duldet sie diesen Waffenstillstand, dann verdient sie diesen Vergleich. Gestern hat uns unser Kriegsminister gesagt, lieber diese kleine Schmach zu ertragen, als eine große, nämlich die Vernichtung Deutschlands. Aber mir wäre Vernichtung lieber als Schmach und Schande, dann könnte wenigstens die Nachwelt sagen, dies Volk ging mit Ehre unter. (Großer Beifall.) — Beckerath wiederholt Alles, was die Andern gesagt, und verdreht die gesagten Worte, Simon protestirt kräftig dagegen. — Das deutsche Volk will die Revolution nicht fortsetzen. Er spricht von Elend, von Mangel des Handels, der Gewerbetreibenden. — Er redet von sonst und jetzt, von Diesem und Jenen, von unserer Macht, von einem Aufrufe an die ganze Nation im Fall der Noth — aber, fährt er beruhigend fort, die Zeit ist nicht da. — Ihr Männer von Schleswig, schafft mit uns Werke der Einigung und werft nicht den Brand der Zwietracht zwischen uns! — Heckscher fängt von großer Gefahr an und empfiehlt zum Schluß die Abstimmung. — Simon aus Trier: Wenn ein Ministerium sich nicht stark genug fühlt, die Beschlüsse der Nationalversammlungen zu vollziehen, dann muß es wissen, was es zu thun hat. — Der Waffenstillstand ist rechtswidrig und darf also auch nicht vollzogen werden. — Durch den Waffenstillstand ist die Revolution in Schleswig-Holstein geleugnet worden, auch in Berlin wollte man die Revolution leugnen und das Ministerium ward gestürzt. — Wir wollen unsere Centralgewalt stützen, ihre Ehre und die dieser Versammlung. Herr v. Radowitz droht uns mit einer Coalition ganz Europas und mit den Folgen des Krieges gegen Dänemark — warum hat er, warum hat Preußen und ganz Deutschland dies nicht früher schon eingesehen? warum erst jetzt? früher in den ersten Tagen der Revolution hörten wir überall vom Recht der Nationalitäten, jetzt ist es aber schon vergessen. Die Italiener will man mit Gewalt unterm Joche erhalten und die Schleswiger will man nicht zu uns herüber ziehen. — Die Feinde der Einheit in Preußen sind auch die Feinde der Freiheit. Wenn Preußen aufhört deutsch zu sein, dann hören wir Deutsche auf Preußen zu sein. (Großer Beifall.) Lichnowsky: Wo ist der Beweis, daß dieser Waffenstillstand eine Schmach sei? — Ich könnte freilich auch fragen, was unser Staats-Untersekretär dort an Ort und Stelle gethan beim Waffenstillstand? (Nichts.) Er ist nicht in allen Punkten für das Ministerium, aber er unterstützt es in dieser Sache. — Schmerling: Das Ministerium macht das Minoritäts-Erachten zu dem seinigen, und **wenn der Antrag der Majorität des Ausschusses angenommen wird, dann tritt das gesammte Ministerium zurück.** (Eine Drohung, welche auf die Abstimmung einwirkt.)

Max v. Gagern räth, noch ein Paar Tage mit dem Beschluß zu warten, bis alle Dokumente bekannt sind. Wesendonk: Wir kennen die Bedingungen des Waffenstillstandes und dies genügt. Wurm spricht im Namen Dahlmanns für den Ausschuß-Antrag: Unser Recht, das der Centralgewalt, ist von Preußen völlig ignorirt worden. Lassen Sie das Symbol der deutschen Einheit, die Centralgewalt, nicht mit Füßen treten. Man hat alle Besorgnisse heraufbeschworen, die Furcht ist ein schlechter Rathgeber — wollen Sie lieber Krieg oder Verachtung von dem Auslande? Preußens Größe geht nur mit der Einheit Deutschlands zusammen.

Namentliche Abstimmung über Schuberts und Comp. Antrag: will die Nationalversammlung, daß über eine Sistirung erst dann abgestimmt werden möge, wenn über den Waffenstillstand selbst Beschluß gefaßt wird? Mit 244 gegen 230 Stimmen verneint — also ist das Ministerium gestürzt mit 14 Stimmen.

Ueber den Antrag der Majorität des Ausschusses wird auch namentlich abgestimmt; es ist 6 Uhr vorüber, die Post geht bald ab und ich kann das Resultat nicht abwarten.

Die an Preußen unterm 7. und Herrn von Gagern unterm 9. August von Seiten der deutschen Centralgewalt ertheilten Vollmachten zum Abschlusse der betreffenden Convention lauten:

I. Nachdem unter den obwaltenden besonderen Verhältnissen die königl. preuß. Regierung von mir ermächtigt worden ist, im Namen der Centralgewalt über Deutschland die Unterhandlungen wegen eines Waffenstillstandes mit Dänemark auf den Grund des Entwurfs von Bellevue vom 29. Juli unter den folgenden zusätzlichen Bedingungen: 1) daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wahlenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich, und namentlich unter den kontrahirenden Theilen, in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen; 2) daß unter den im Art. 7 erwähnten, in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Abschlusse des Waffenstillstandes daselbst erlassenen, mit einbegriffen seien; 3) daß die nach Art. 8 in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Ober-Befehlshabers bleiben — zum Abschluß zu bringen, habe ich auf den Rath meines Reichs-Ministeriums beschlossen, den Unterstaatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn Maximilian von Gagern, nach Berlin und in die Herzogthümer Holstein und Schleswig mit besonderen Aufträgen zu entsenden, welche in folgenden Punkten bestehen: 1) Derselbe wird sich in Berlin mit der kgl. preußischen Regierung über die genauere Feststellung und Ausführung der Bedingungen des Waffenstillstandes, insbesondere über die nach Art. 7 des Entwurfs von Bellevue zu vereinbarenden Mitglieder einer neuen, beiden Herzogthümern gemeinsamen Regierung verständigen und desfalls besondere Eröffnungen machen, welche zugleich die Präliminarien zu einem Friedensschlusse zu erleichtern geeignet sind. 2) Er wird sich sodann nach den Herzogthümern begeben und daselbst sich mit der gegenwärtigen provisorischen Regierung sowohl, als mit dem von der königl. preußischen Regierung zur Abschließung des Waffenstillstandes beauftragten Bevollmächtigten ins Einvernehmen setzen, insbesondere wegen der Wahl oder Zulassung der Personen, welche nach Art. 7 des mehrgedachten Entwurfs die neue, beiden Herzogthümern gemeinsame provisorische Regierung bilden sollen. 3) Eventuell wird derselbe die Präliminarien zu einem Friedensschlusse mit Dänemark auf den Grund einer besonderen ihm nachzusendenden Instruktion einleiten. 4) Erforderlichenfalls die an die königlich dänische Regierung gerichtete Anzeige von der in dem Central-Organe Deutschlands gegenüber dem Auslande eingetretenen Veränderung bewerkstelligen. Zu diesem Ende habe ich dem Unter-Staatssekretär von Gagern gegenwärtige Vollmacht ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. Frankfurt am Main, den 9. August 1848. Der deutsche Reichsverweser: (L. S.) gez. Erzherzog Johann.

II. Nachdem der königlich preußische Bevollmächtigte, Staats-Minister Camphausen, den Stand der Verhandlungen über einen Waffenstillstand zwischen den deutschen und dänischen Streitkräften, insbesondere aber die Gründe auseinandergesetzt hat, welche es wünschenswerth machen, daß die von der königl. preußischen Regierung bisher im Namen Deutschlands geführten Unterhandlungen von derselben nunmehr auch zu einem Abschluß gebracht werden, so habe ich auf den Vortrag meines Reichs-Ministeriums beschlossen, die königlich preußische Regierung adurch zur Abschließung eines Waffenstillstandes mit Dänemark im Namen der provisorischen Centralgewalt in der Weise zu ermächtigen, daß dabei der Entwurf, wie er in der Besprechung auf Bellevue am 19. Juli aufgestellt worden ist, unter den nachstehenden Modifikationen angenommen werde, welche als Erläuterungen innerhalb der Bestimmungen gedachten Entwurfes fallen, jedoch ausdrücklich zur Anerkennung dänischerseits gebracht werden müßten: 1) Daß die zur Bildung einer neuen gemeinsamen Regierung für die Herzogthümer Holstein und Schleswig zu wählenden Personen noch vor dem Abschlusse des Waffenstillstandes ausdrücklich und namentlich unter den kontrahirenden Theilen in solcher Art vereinbart werden, daß hierdurch der Bestand und die gedeihliche Wirksamkeit der neuen Regierung verbürgt erscheinen. 2) Daß unter den im Artikel 7 erwähnten, in den Herzogthümern „bestehenden Gesetzen und Verordnungen" ausdrücklich alle bis zum Abschluße des Waffenstillstandes daselbst erlassenen mit einbegriffen seien. 3) Daß die nach Artikel 8 in den Herzogthümern Holstein und Schleswig zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Ober-Befehlshabers bleiben. Unter vorstehenden Bedingungen habe ich gegenwärtige Vollmacht für die königlich preußische Regierung ausstellen und urkundlich dessen mit meinem Insiegel bestätigen lassen. — Frankfurt, den 7. August 1848. Johann."

Schleswig-holstein'sche Angelegenheiten.

Rendsburg, 5. Sept. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung nahm Reventlow-Jersbeck von der unglücklichen Verirrung des 5ten Bataillons der schleswig-holsteinischen Truppen Veranlassung, den dringenden Antrag zu stellen: die Landesversammlung beschließe, bei der provisorischen Regierung unverzüglich den dringenden Antrag zu stellen, daß dieselbe unverweilt den falschverstandenen Bestrebungen vieler Unverständigen und den Wühlereien, welche das Land mit Anarchie bedrohen, und dem größten Unheil den Weg zu bahnen im Stande sind, mit Energie entgegentrete, und mit Kraft und Strenge gegen die Aufhetzer und Verführer verfahre. Die Landesversammlung erkläre der provisorischen Regierung, daß sie dabei ihrer vollen Unterstützung gewiß sein könne. Die Dringlichkeit wird unterstützt, wenn gleich die Fassung zum Theil gemißbilligt. Die Dringlichkeit geht mit überwiegender Majorität durch. Es wird sogleich ein Comité niedergesetzt (Reventlow-Jersbeck, Olshausen, Kamphövener), die eine Pause benutzt, um dem Antrag folgende Fassung zu geben: Die Landesversammlung beschließt eine Eingabe an die provisorische Regierung, worin 1) ausgesprochen wird, dieselbe werde bemüht sein, zu ermitteln, ob und in wie weit ein subordinationswidriges Verhalten des 5ten Bataillons am 4. Septbr. von Personen außerhalb des Militärs hervorgerufen und gefördert sei, damit gegen solche den Gesetzen gemäß verfahren werden könne; 2) die provisorische Regierung aufgefordert werde, Angesichts der Gefahren des Vaterlandes nicht minder über die Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern, als über die Sicherheit des Staats gegen außen aufs Thätigste und Sorgfältigste zu wachen und dabei des einträchtigsten und kräftigen Beistandes der Landesversammlung gewiß zu sein. In dieser Form wird der Antrag mit 74 gegen 25 Stimmen angenommen, nachdem Reventlows ursprüngliche Fassung mit 63 gegen 36 Stimmen verworfen worden. Gegen Postschluß beginnt die Berathung des Verfassungs-Entwurfs, und zwar ward zunächst über möglichste Beschleunigung debattirt.

Ueber den beregten Vorfall selbst erfahren wir, daß der Commandeur des 5ten Bataillons ein Feldexercitium nach Düsternbrook beordert hatte, um den Soldaten die Theilnahme an einem beabsichtigten Krawall, von dem das Gerücht sprach, unmöglich zu machen. Während die Soldaten aufmarschirt standen, ward unter ihnen das Gerücht ausgesprengt, sie sollten nach Friedrichsort, um einem Bataillon Preußen Platz zu ma-

chen, das die Landesversammlung auseinander jagen solle. Da weigern sie sich, dem Kommando „Marsch!" zu folgen, auch hält das Volk eine Compagnie zurück, die gehorchen will. Thätlichkeiten sind gegen die Offiziere nicht verübt, die vielleicht zu rasch sich entfernt haben. Die Soldaten, ihren Irrthum und ihr Versehen erkennend und bereuend, haben ihnen heute eine Deputation mit der Bitte um Nachsicht nachgesandt.

Kiel, 5. Sept. Die in unserer Volksversammlung beschlossene Erklärung lautet also: „1) Wir verpflichten uns, einer uns aufgedrungenen, von der Landesversammlung nicht anerkannten Regierung keine Steuern zu zahlen, keinen Gehorsam zu leisten. 2) Wir verpflichten uns, jeder widerrechtlichen Gewalt, die uns zu einem solchen Gehorsam zwingen will, die Gewalt der Waffen entgegen zu stellen. 3) Wir verpflichten uns, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß das ganze Volk diesem unseren Willen beitrete."

Flensburg, 5. Sept. Nachdem nun heute die Oldenburger und Hanseaten gen Süden abmarschirt, General Wrangel, so wie circa 8000 Preußen hier bereits eingetroffen sind, welche ebenfalls jenem morgen folgen werden, jeder Vernünftige es zu würdigen vermag, was die große Armee denn eigentlich hier geleistet, die Waffenstillstandsbedingungen bekannt geworden, herrscht hier eine Stimmung, aus der nichts weniger als Beruhigung der Gemüther hervorgehen kann. Es werden insbesondere in Flensburg Conflicte ausbrechen, schlimmer denn je. Schon jetzt stellen Abgeordnete der Eiderdänen sich wieder hier ein; die Polizei hat lobenswerther Weise einigen derselben, welche frech genug waren, mit dänischer Kokarde einherzustolziren, nachgespürt und sie vertrieben, bald werden aber „die Wölfe in Schafskleidern" zu uns kommen und die alte Geschichte wird wieder neu.

Schleswig, 2. Sept. Heute wurde hier in einer Versammlung von 7—800 hiesigen Bürgern und Einwohnern durchaus einstimmig beschlossen, der schleswig-holsteinischen Landesversammlung in Kiel folgende Wünsche als ihre dringendsten vorzulegen: 1) daß die schleswig-holsteinische Landesversammlung sich für permanent erkläre, 2) daß sie in möglichst kurzer Zeit den Verfassungs-Entwurf annehme, und 3) nicht gestatte, daß unsere provisorische Regierung vor dem Friedensschluß abtrete.

In Itzehoe hat sich der Unwille der Bürgerschaft über die Anwesenheit des Grafen C. Moltke auf Heiligenstedten in eigenmächtiger Arretirung seiner Secretaire und sonst Luft gemacht. Graf Reventlou-Preetz ist heute dorthin gegangen, um etwaigem weiteren unbefugten Einschreiten vorzubeugen.

Altona, 6. Septbr. Auch bis heute früh war in Kiel nichts von Bedeutung vorgefallen. Nachträglich erfährt man, daß zwei von den vom Grafen von Moltke zum Eintritte in die neue provisorische Regierung aufgeforderten Männer sich nicht abgeneigt gezeigt haben, die Bürden eines solchen Amtes zu übernehmen, jedoch dem Grafen offen erklärt haben, sie könnten sich dazu unter seinem Präsidium durchaus nicht entschließen, und seien der Ansicht, daß er kein Ministerium zu Stande bringen würde, da die öffentliche Meinung ihm abhold sei. Man vermuthet nun, daß entweder der König von Dänemark einen Schleswig-Holsteiner (wie Viele meinen, den Grafen Baudissin-Borstel) zur Bildung einer provisorischen Regierung ermächtigen, oder daß die Centralgewalt einige Commissarien zur Verwaltung Schleswig-Holsteins hersenden würde. — Die gestern hier angekommenen hannoverschen Truppen haben uns heute Vormittags wieder verlassen und sind über die Elbe gegangen. Am Sonnabend den 9. d. um halb 7 Uhr Morgens treten das Hamb. Bataillon, um 3¾ Uhr Nachmittags das Bremer Bataillon von Rendsburg aus ihren Rückmarsch an. — Die deutschen Gefangenen waren gestern Abend noch nicht in Eckernförde angekommen, obwohl 2 dänische Schiffe, auf denen man sie vermuthete, in der Nähe des Hafens erschienen waren. — Bürgermeister Schow aus Apenrade ist bereits über Travemünde bei seinen hiesigen Verwandten eingetroffen. — Der hiesige ältere Bürgerverein hält heute eine Generalversammlung zur Berathung über die von der Stadt Altona in der jetzigen Krisis der Landesangelegenheiten einzunehmende Stellung. — Am Freitage hofft die Landesversammlung die Berathung der neuen Verfassung beendigen und zur Abstimmung über das ganze Grundgesetz schreiten zu können.

Oesterreich.

□ **Wien**, 7. September. [Tagesber. des C.-B.'s.] Gestern Nachmittag kam eine sehr zahlreiche Deputation des ungarischen Reichstages hier an. Ihr Auftrag geht dahin, den Kaiser und König zu bitten, derselbe wolle sich für eine Zeit lang nach der Hauptstadt Ungarns begeben und vor allen Dingen eine Ausgleichung der ungarisch-kroatischen Zerwürfnisse bewirken. Aber jene Partei, welche den Ban Jellachich nicht fallen lassen will, ist vor der Hand am Hofe, in der Regierung und im hiesigen Publikum zu mächtig, als daß sich viel mehr als eine im Allgemeinen beschwichtigende und ausweichende Antwort erhalten ließe. — Ein glänzender Fackelzug ward gestern Abends dem Abgeordneten Borrosch gebracht, der plötzlich der Führer der Reichstagsopposition geworden ist. Liberale Anreden und Gegenreden wurden dabei in Menge gehalten. — In der heutigen Reichstagssitzung herrschte sehr starke Erregtheit. Schon gestern hatte der galizische Abgeordnete Gubicki sich gegen das Verhalten des Grafen Stadion beschwert, der mehrere bäuerliche Abgeordnete Galiziens mit seiner Partei zu stimmen beredet habe, indem es sich um die Existenz des Thrones selbst handle. Darüber ward denn heute eine äußerst lebhafte Debatte geführt, die damit endete, daß auf den Antrag des Grafen v. Stadion selbst eine Kommission zur Untersuchung des betreffenden Falles zu bilden beschlossen wurde. Sie soll aus neun Mitgliedern bestehen, wovon vier durch Stadion, vier durch Gubicki bezeichnet werden sollen; das neunte wird durch die erwähnten acht gewählt. Um ¾ auf 1 Uhr erfolgte die Antwort des Ministeriums auf die Borrosch'sche Interpellation. Doblhoff verlas sie. Wir entnehmen daraus das Wichtigste: **zunächst definitive Ablehnung aller Imputationen auf reaktionäre Tendenzen, eben so aber auch festes Ankämpfen gegen anarchische und republikanische Bestrebungen** — Feststellung der konstitutionellen Monarchie im Grundsatze der Gleichberechtigung Aller — im vorliegenden Falle habe das auf monarchischem Boden stehende Ministerium, Bach's Ansichten zu den seinigen machen müssen — **Beschlüsse des Reichstags, die Gesetzeskraft erlangen sollen, müssen die Sanktion des Monarchen erhalten** — Hinweisung auf die kaiserliche Erklärung vom 3. Juni, wodurch der Aufbau des Konstitutionswerkes unter Mitwirkung der Abgeordneten zugesagt und der überwiegenden Meinung der österreichischen Völker keine Schranken setzen zu wollen, erklärt wird — in der Vollziehung jenes Versprechens liege der Akt der Vereinbarung — der Verantwortlichkeitspflicht unterziehe sich das Ministerium in jedem Betrachte. Man kann den Sieg des Ministeriums, aber zugleich seinen vollendeten Rücktritt von der demokratischen Partei als entschieden betrachten. — Das Offizierkorps von Essegg hat die Neutralität der Festung als k. k. Gut und das Eindringen ungarischer Truppen als einen Bruch dieser Neutralität erklärt. — Auf der Börse ein Gerücht von der Besetzung Venedigs durch französische Truppen, 5prozentige 79, 4prozentige 64½, Bankaktien 1050, 1834ger 131, 1839ger 86, Nordbahn 104½, Mailänder 73, Pest 64½, Gloggnitz 95½.

L **Wien**, 7. Sept. [Die ungarische Deputation.] Gestern Abend um 10 Uhr brachte der demokratische und Arbeiterverein dem Reichstagsdeputirten Borrosch einen Fackelzug, weil dieser dem Justizminister wegen der viel besprochenen Sanktion des Monarchen interpellirte. Ein Gegenstand ernsten Inhalts nimmt jetzt das allgemeine Interesse in Anspruch. Gestern kamen über hundert ungarische Deputirte hier an, um im Namen des ungarischen Reichstages eine Art Sturmadresse dem Kaiser zu überreichen, und sofortige Pacifikation Ungarns und Anerkennung des ungarischen Papiergeldes zu fordern. Sonntag den 10. d. M. ist große Volksversammlung auf der Rakoser Ebene bei Pesth und wenn die Deputation bis dahin nicht zurückkehrt mit dem Versprechen des Kaisers, den Kroaten und ihrem Banus Jellachich zu befehlen, sich Ungarns Willen zu fügen, so sei das ganze Land gesonnen, sich von Oesterreich loszusagen. Hoffentlich ist dieß nicht mehr als eine Drohung von unbedeutender Tragweite, denn ein derartiger Schritt wäre der Ruin Ungarns. Man braucht nur die Nordslaven, die sogenannten Slovaken mit Geld und Waffen zu unterstützen, wie sie schon lange bitten, und der schrecklichste Bürgerkrieg, oder besser, Vernichtungskrieg wäre entbrannt, denn sieben Millionen Slaven könnten dann Ungarn nicht widerstehen. Auch Siebenbürgen protestirt jetzt gegen die, wie sie sagen, erschlichene Union, die wirklich überraschen mußte, wenn man die große wallachische und unbedeutende ungarische Bevölkerung dieses Landes in Betracht zieht. Jetzt ist Kossuth, wenn er wirklich ein so großer Staatsmann als Redner ist, die Gelegenheit gegeben, sein Vaterland zu retten, indem er das Volk beruhigt, statt zu reizen und selbst den Reichstag für eine vernünftigere Ansicht der Dinge stimmt. — Hier ist man in der Erwartung einiger stürmischer Tage, weil die Anwesenheit der ungarischen Deputirten und ihr Einfluß auf das Volk von nachtheiliger Rückwirkung sein kann.

✱ **Wien**, 7. September. [Die ungarische Deputation] ist in corpore von Sr. Maj. dem Kaiser nicht empfangen worden. Sie kehrt morgen nach Pesth zurück. Das erste Verlangen der Deputirten bestand darin, daß sich Se. Maj. zur Rettung des Vaterlands unverzüglich nach Pesth begeben möchte. — FML. Bechtold ist von seinem ganzen, größtentheils aus Magyaren bestehenden Armeecorps, als er bei St. Thomas angreifen wollte, verlassen worden. (S. Pesth.) So mußte Bechtold seine Entlassung nehmen. Unter solchen Umständen traf die ungarische Deputation hier ein. Der Minister des Aeußern, Fürst Esterhazy, sobald er die Nachricht von den neuesten Beschlüssen des ungarischen Reichstages, der mit einem offenen Abfall drohte, erhielt, hat gestern Abend seine Entlassung genommen. Der Palatin, Erzherzog Stephan, weigerte sich, die Deputation hierher zu begleiten.

Nachschrift. Eben eingehenden Nachrichten aus Agram vom 5. zufolge ist das Vorrücken der Armee unwiderruflich auf den 7. festgesetzt. 56,000 Mann treten den Marsch über Warasdin und Csakaturn an. Das Manifest des Banus wird am 6. in Agram publizirt.

§§ **Pesth**, 4. Sept. [Sieg der Ungarn. — Eine Diktatur steht in Aussicht. — Große Deputation nach Wien. — Die Angelegenheiten nahen sich der Entscheidung.] Ich habe Ihnen heute Ereignisse von höchster Wichtigkeit zu melden, zuerst einen glänzenden Sieg, welchen die Ungarn am 2. d. unter Anführung des vortrefflichen ungarischen Obersten Ernest Kiß erfochten. Das feindliche Lager bei Perlaß ist mit Sturm genommen und der Feind in die Flucht geschlagen worden. 7 Kanonen, viele Munitionswagen und Gefangene sind die Trophäen des ersten Sieges. Der Feind wird verfolgt und man sieht weiteren entscheidenden Kämpfen jeden Augenblick entgegen.*) In strategischer Hinsicht ist Perlaß ein sehr wichtiger Punkt. Jetzt werden die fast uneinnehmbaren Schanzen bei St. Thomas umgangen, und der Feind in den ungeschützten Rücken genommen werden. Diese bedeutende Waffenthat haben die Freiwilligen, die Mobilgarde und das ungarische Infanterieregiment Dom Miguel vollbracht. Die österreichischen Offiziere in diesem Regimente haben wieder auf eklatante Weise ihre Verrätherei manifestirt. In dem entscheidenden Momente kommandirten sie zum Rückzuge, aber die trefflichen Soldaten hörten nicht auf das Kommando, sondern folgten dem Beispiele der Freiwilligen, und wurden mit bestem Erfolge belohnt. Die Offiziere nahmen, mit Schmach beladen, sogleich ihre Entlassung. Auch der Oberbefehlshaber General Bechthold, dessen Leitung die bisherige Erfolglosigkeit der ungarischen Waffen zuzuschreiben ist, wurde entlassen. — Aber viel Wichtigeres ging heute in den beiden Häusern des Landtags vor. Nachdem der Minister des Innern, B. v. Szemere, im Repräsentantenhause die Depesche vom Kriegsschauplatze verlesen, betrat der Finanzminister Kossuth die Tribüne. Leichenblaß und von Krankheit gebeugt, ward er vom Hause gebeten, sitzend zu sprechen. Seine Rede war diesmal kurz aber von unbeschreiblichem Ernst, jedes Wort zentnerschwer. Nachdem er die schändlichen Machinationen der reaktionären Camarilla dargelegt, wobei er auch auf einige Mitglieder des Herrscherhauses sehr deutlich zeigte, erklärte er, daß das Ministerium in dem ihm vom Gesetze zugewiesenen Wirkungskreise das Vaterland aus der Gefahr, nicht retten könne, daß daher während der gefahrvollen Umstände eine außerordentliche Machtvollkommenheit an die Stelle der gesetzlichen Gewalt gesetzt werden müsse. Den Namen der Diktatur sprach er zwar nicht aus, sie war aber handgreiflich. Die von Kossuth nun gestellten speziellen Anträge wurden vom Hause mit Einhelligkeit angenommen und lauten wie folgt: 1) Obergespan Edmund v. Beöthy, welcher sich gegenwärtig als Regierungskommissar im ungarischen Lager befindet, ist zum Kriegskommissar mit unbeschränkten Vollmachten ernannt und hat im Einvernehmen mit dem Kriegsminister L. Meßaros, der ebenfalls im Lager ist, die Kriegsführung solchen Händen zu übergeben, welche das volle Vertrauen verdienen. Gegen diesen Beschluß haben sich 2 Stimmen erhoben, welche aber nur gegen die Persönlichkeit des sehr hitzigen Beöthy gerichtet waren. 2) Es wird noch heute eine Deputation aus beiden Häusern nach Wien gehen, um den König noch einmal aufzufordern, dem Gesetze und seinem wiederholt gegebenen Versprechen gemäß zur Sanctionirung der neu gebildeten Gesetze und zu längerem Aufenthalte hierher zu kommen. Wenn die Deputation binnen 24 Stunden keine definitive Antwort vom Könige erhält, so hat sie sofort Wien zu verlassen. Gegen diesen Beschluß sprach nur der Baron Senyei, ein alter Anhänger Metternichs. 3) Wird eine Kommission zur Ausarbeitung zweier Manifeste niedergesetzt, deren eines an die Völker Europa's, das andere an die Bewohner Ungarns gerichtet sein soll. Commissäre aus der Mitte des

*) Der offizielle Bericht lautet: „Am 2. d. M. um 4½ Uhr früh griff Oberst Ernst Kiß das Perlaßer Lager der Aufständischen an, und nahm es nach bloß zweistündigem Kampfe durch den Heldenmuth unserer Truppen. — Der Feind ließ 90 Todte im Lager. Es wurden 7 Kanonen und viele mit Munition beladene Wagen genommen. Man machte viele Gefangene. — Wir zählen wenig Verwundete, unter ihnen ist der Oberstlieutenant des 10. Bataillons der Freiwilligen, Paul Szemere, dessen Unterleib zwei Kugeln trafen. — Ausgezeichnet hat sich das Regiment Dom Miguel, das 10. Bataillon der Freiwilligen und das Jäger orps des Fürsten Woronyeczky. Den Sieg haben wir der unaufhaltsamen Kampflust unserer Schaaren und der Anführung des Obersten Kiß zu danken. — Die Rebellen werden noch fortwährend verfolgt, deßhalb lassen sich Details erst nach Beendigung der Schlacht geben.

Landtags werden zur Aufklärung des Volkes nach den verschiedenen Gegenden mit entsprechenden Vollmachten abgehen. 4) Der Landtag ernennt ein Comité, welches im Einvernehmen mit dem Ministerium den Croaten die Gewährung aller ihrer billigen Wünsche, insoweit diese nämlich nicht sowohl im Interesse der Croaten als vielmehr der reactionären Camarilla liegen, bieten und auf solche Weise die friedliche Ausgleichung versuchen soll. Diese Beschlüsse wurden auch vom Oberhause, welches heute eine außerordentliche Sitzung in der Nacht hielt, angenommen. Wir befinden uns also in voller Revolution, und zwar in einer sehr ernsthaften. Kaum wagen wir an die weitere Entwickelung zu denken. Von den nächsten Entschließungen des Königs wird das Geschick der ganzen österreichischen Monarchie abhängen.

Nachschrift. Den 5. September Morgens 4 Uhr. Eben ist die Deputation des Landtags, aus 100 Mitgliedern bestehend und den Präsidenten Pazmandy an der Spitze, mit einem Extra-Dampfboot nach Wien abgegangen. Das Ministerium hat in der Nacht sehr wichtige Depeschen erhalten, deren Inhalt wir jedoch noch nicht bestimmt angeben können.

Temeswar im Banat, 30. August. [Neue Kämpfe.] Abermals ward Weißkirchen am 29. mit Tagesanbruch angegriffen und unter heftigem Kanonenfeuer, auch selbst mit Wurfgeschützen hart bedrängt. Bis 11 Uhr Mittags dauerte der Kampf ununterbrochen, während welcher Zeit das unter dem Kommando des Obersten Blomberg stehende Militär dem Kampfe ruhig zusah. Die meisten der auf Weißkirchen geschleuderten Bomben zerplatzten in der Luft, und nur wenige zündeten, so daß im Ganzen nicht mehr als 10 Häuser abbrannten. Das Resultat des Kampfes war eine allgemeine Niederlage der Serben, welche bei 200 Todte auf der Wahlstatt ließen. Sämmtliche in Weißkirchen stehenden Truppen: das Bürgercorps, die mobilen Garden und der Landsturm wetteiferten in Muth und Ausdauer, und besonders verdient die Begeisterung hervorgehoben zu werden, mit welcher die mobilen Garden angriffen und den Feind allenthalben mit blankem Bajonnet in die Flucht trieben. — Eine traurige Rolle aber spielt das reguläre Militär. Unthätig einem Kampfe zusehend, in welchem die Unterthanen Sr. Majestät von fremdem serbischen Raubgesindel angegriffen werden, bedeckt es sich mit der Schmach und Verachtung, welche ein so nichtswürdiger Verrath verdient. Noch empörender aber ist die Thatsache, daß der in Belgrad residirende k. k. Consul Mayerhofer im Lager der Insurgenten bei Wracewgay erschien und die „deutsche“ Stadt Weißkirchen aufforderte, sich der „slavischen“ Bewegung anzuschließen. Als die Bürgerschaft ihm die speziellen Befehle Sr. Majestät und des österreichischen Kriegsministers vorzeigte und von ihm andere Befehle Sr. Majestät, denen sich Weißkirchen stets zu unterwerfen bereit sei, verlangte, erklärte er, solche Befehle zwar nicht, aber gewisse Fingerzeige zu besitzen, nach welchen die serbische Insurrection im Willen Sr. Majestät stattfinde. — Wenn solche Nichtswürdigkeiten durch diejenigen Personen geschehen, welche die diplomatische Ehre Oesterreichs vertreten, dann darf man sich nicht wundern, daß der Name Oesterreichs in den Donauländern einen gar schlechten Klang hat.

Einen andern Erfolg der mobilen Garden habe ich Ihnen zu berichten. — 200 Mann derselben drangen am 28. von Szaska aus über die Gebirge nach Moldowa, überfielen die daselbst noch in ihrem Raube schwelgenden Serben, jagten sie in die Flucht, tödteten ihnen 17 Mann und bohrten ein mit 30 Serben beladenes Fahrzeug auf der Donau in Grund. Das Grenzdorf Alt-Moldowa ging dabei in Flammen auf, und die Sieger brachten einen großen Theil der von den Serben in Neu-Moldowa geraubten Beute nebst 400 Stück erobertem Hornvieh und Pferden von dieser Expedition zurück. — Eine hier eben anlangende Nachricht, daß der Bergort Szaska von den Serben überfallen und niedergebrannt sei, theile ich Ihnen als Gerücht mit, da ich die Wahrheit desselben aus anderen Ursachen bezweifle. (Oesterr. Z.)

** [Italienischer Kriegsschauplatz.] Die neuesten Nachrichten aus Mailand melden: Nach dem Abgang des Feldmarschall-Lieutenant Fürsten Schwarzenberg zu den Friedens-Konferenzen mit Sardinien nach Verona hat General Wimpffen das General-Commando in Mailand übernommen. Die zum Unterhandeln bestimmten sardinischen Minister waren noch in Mailand, und nahmen am 2ten beim Feldmarschall Radetzky ein Abschieds-Diner ein. Die Armee verstärkt sich täglich bei Mailand, und aus Piemont sind alle unsere Gefangenen über den Ticino zurück und der Armee wieder eingereiht. — General Pepe hat am 23. August in Venedig einen Tagesbefehl an die Armee erlassen, in welchem er sie zum neuen Kampfe auffordert. Er will Venedig so lange vertheidigen, bis die zu erwartende Hülfe eintrifft.

Die Wiener Ztg. enthält folgenden, wie es scheint, amtlichen Artikel: „Noch haben die Unterhandlungen zur Herstellung des Friedens mit dem König von Sardinien wenig Fortgang gehabt. Indessen hat aber die kaiserliche Regierung den Entschluß gefaßt, mit der neuen Konstituirung des lombardisch-venetianischen Königreichs nicht mehr länger zu zögern, und zu diesem Behuf in Bälde Deputirte aus den verschiedenen Provinzen desselben nach Verona zu berufen, welche die künftige Verfassung des Landes nach den Grundsätzen größter Freiheit und mit gehöriger Beachtung der Nationalität in Berathung zu nehmen haben werden. Diese Deputirten sollen, wie wir aus guter Quelle vernehmen, aus ganz freien Wahlen hervorgehen, und wird die Zahl der Deputirten nach dem Maßstabe der Bevölkerung bemessen werden. Die innere Administration wird rein italienisch sein.“

Frankreich.

Paris, 4. Septbr. [Der Eifer für eine bewaffnete Intervention hat sich abgekühlt. Verschiedenes.] Noch immer schmeichelt man sich mit Aufrechthaltung des Friedens und vertraut auf eine ehrenhafte Beilegung des italienischen Streites. Es soll gewiß sein, daß der russische Geschäftsträger schon zum Voraus gegen die bewaffnete Intervention protestirt. Näheres weiß man bis heute nicht. — Der Moniteur der Armee stellt heute förmlich die angebliche Sendung einer Brigade nach Venedig in Abrede. Nicht minder, daß das Alpenheer schon den Befehl erhalten, vorzurücken. Daß ein Lager zu Metz gebildet werde und daß das Heer hier auf 25,000 Mann reduzirt werden solle, stellt er ebenfalls in Abrede. — So viel man über die Stimmung unter den Repräsentanten hört, scheint die legitimistische Partei ziemlich gereizt durch die Andeutungen, welche Gen. Cavaignac vorgestern fallen ließ. Es scheint sogar, daß man den Plan hatte, einen Legitimisten zum Vicepräsidenten in Vorschlag zu bringen. Obwohl Cavaignac privatim seine herben Aeußerungen gemildert, wird dieser Gegenstand nächstens ebenfalls in der Kammer zur Sprache kommen, da Herr Laurent den Antrag gestellt hat, eine Untersuchung über die dynastischen Parteien veranstalten zu lassen. — Hr. v. Cormenin hat eben ein kleines Pamphlet über den Verfassungs-Entwurf vom Stapel laufen lassen. Er hat es auch an seine Wähler gerichtet. Er erklärt sich darin entschieden für eine Kammer. Den Präsidenten will er von der Nation gewählt wissen. Er sagt darüber unter Anderm: „Ein nahes oder fernes Eingreifen der Versammlung in die Ernennung des Präsidenten, wäre die höchste Unverschämtheit, denn es schlösse ein, daß das Volk dumm ist, und es hat mehr Geist als seine Mandatare.“ Uebrigens war Hr. Cormenin dafür, daß der Präsident nur auf drei Jahre gewählt werde, und daß die Deputirten nicht unendlich wieder gewählt werden dürften. Obgleich manche glauben, daß sich Caussidière noch hier verborgen halte, scheint dem nicht so zu sein, indem man von London aus in Erfahrung gebracht, daß er ebenfalls dort eingetroffen. Die Angeschuldigten Thore und Hubert sind auch dort. Sehr viele Franzosen leben jetzt in London.

Italien.

Nach Briefen aus Rom vom 26. August hatten die Hauptmitglieder des Ministeriums, mit welchen der Papst noch immer im Kampfe lag, ihre Entlassung eingereicht, und, wie es scheint, um diese desto eher annehmen zu können, wurden die Kammern bis zum 15. Novbr. vertagt. Die zunehmende Noth der Stadt beraubte die Stimmen der Allarmprediger allen Einflusses auf die Massen. Aus Sizilien war Ruggiero Settimo angekommen, wie es hieß, um die sizilische Krone, die man ihm provisorisch anbieten wollte, nicht annehmen zu dürfen. (A. Z.)

Lokales und Provinzielles.

** **Breslau**, 8. September. [Der deutsche Volksverein.] Die gestern durch Maueranschlag angekündigte öffentliche Sitzung des Vereins war so zahlreich besucht, daß Saal und Gallerien nicht hinreichend waren, die Menge zu fassen. Um die Zuhörer mit den Prinzipien und Grundsätzen des neu gegründeten Vereins bekannt zu machen, verlas Herr Berthold Auerbach das Programm, und entwickelte in kräftiger Rede die Motive desselben. — Wie aus dem Programm hervorgeht, stellt sich der Verein auf den nationalen Standpunkt. Er erkennt die Feststellung der unbedingten deutschen Volkseinheit, als die nothwendige Grundlage und Gewähr für die deutsche Freiheit, und will so auf dem Boden der deutschen Einheit die demokratischen Prinzipien zur Geltung bringen. Dieses Allgemeine ist in der Einleitung des Programms enthalten. Es folgen hierauf drei Paragraphen, die die besonderen Grundzüge für den Verein aussprechen. Der erste enthält, so zu sagen, die Grundrechte, die als unabweisliche Bedingung für den freien Staat zu erachten sind. Also die Anerkennung der vollen Volkssouveränetät, die Selbstregierung, die unbeschränkte Rede-, Preß- und Associationsfreiheit, die gleiche politische Berechtigung Aller und m. a. Der zweite Paragraph spricht sich über das Verhältniß des deutschen Gesammtstaates zu den Einzelstaaten aus. Der Verein erkennt kein Vereinbarungs-Prinzip an zwischen dem Parlamente in Frankfurt und den Einzelregierungen, und will vielmehr, das das Parlament einzig und allein die Grenzen seiner Competenz bestimme. Der dritte Paragraph endlich handelt von der Lösung der sozialen Frage. Der Verein spricht darin keine utopischen Wünsche aus, sondern legt zunächst dem Staate die Verpflichtung auf, die freie Association zu Begründung der Wohlfahrt des Einzelnen hülfreich zu unterstützen und alle Einrichtungen zu beseitigen, in denen die sozialen Mißverhältnisse ihren Grund haben.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung befand sich zuerst die Berathung einer Adresse an die Nationalversammlung in Berlin über das Bürgerwehrgesetz. Herr Pflücker machte zunächst darauf aufmerksam, daß darin kein Widerspruch liege, wenn einerseits die Aufrechterhaltung eines Kammerbeschlusses und andererseits das Verwerfen des zum größten Theil schon berathenen Bürgerwehrgesetzes verlangt wird. Dort handle sich's dem Ministerium gegenüber, und dieses hat sich dem Willen der Nationalversammlung unbedingt zu fügen. Dem Volke selbst aber könne niemals das Recht genommen werden, den von hier gewählten Vertretern zu sagen, daß sie nicht in seinem Sinne gehandelt, und sie zur Aufhebung eines schon gefaßten Beschlusses aufzufordern. Nachdem noch besonders die Herren Dyhrenfurth und Guhrauer die unfreien Bestimmungen des Bürgerwehrgesetzes nachgewiesen, entschied sich die Versammlung mit Einstimmigkeit für den Erlaß einer Adresse wegen Zurücknahme des Gesetzes. — Der zweite Berathungs-Gegenstand betraf die schleswig-holsteinsche Angelegenheit. Die Herren B. Auerbach, Dyhrenfurth und Koch sprachen unter stürmischem Beifall der Versammlung, wie es Pflicht des ganzen deutschen Volkes sei, die Brüder in Schleswig-Holstein nicht verkaufen zu lassen, und daß man Alles aufbieten müsse, einen Waffenstillstand zu verhindern, der mit so demüthigenden und schmählichen Bedingungen für Deutschland verbunden ist. Die Versammlung beschloß einstimmig, eine Adresse an die Schleswig-Holsteiner zu erlassen und ihnen die Sympathien für ihr gutes Recht auszudrücken. Ferner eine zweite an den General Wrangel, um ihn, der schon einmal das Interesse der deutschen Sache in Schleswig gegenüber den höheren Befehlen in Schutz zu nehmen gewußt, zu einem ähnlichen Schritte auch für dieses Mal aufzufordern, und endlich eine Petition an das Parlament in Frankfurt, den Waffenstillstand nicht anzuerkennen und den Krieg gegen Dänemark fortsetzen zu lassen.

** Die Provinzial-Schullehrer-Conferenz.

(Vormittags-Sitzung vom 8. September.)

Wir haben in unserm gestrigen Berichte bereits darauf aufmerksam gemacht, daß der Paragraph über die Simultanschulen etwas Halbes enthalte, da er die Berechtigung der Idee solcher Schulen zugiebt, über das Streben nach Verwirklichung dieser Idee jedoch hinweggeht. Der Abgeordnete Arndt berührte diesen Punkt in der heutigen Sitzung nach Verlesung des Protokolls und machte auf das Unlogische jenes Paragraphen aufmerksam. Er stellte daher den Antrag, daß der Paragraph folgendermaßen abgeändert werde: die Volksschule als National-Anstalt ist ihrer Idee nach Simultanschule, da aber die Idee nicht „**sogleich**“ ausführbar ist, u. s. w. Durch die Aufnahme dieses Wortes „sogleich“ drücke man aus, daß man die Realisirung der Idee der Simultanschule zum wenigsten doch für die Zukunft wünsche. Der Antrag von Arndt wurde ohne Widerspruch angenommen.

An der Tagesordnung war die Berathung der Vorlage der zweiten Kommission, betreffend „die Organisation der Volksschule als National-Anstalt.“ Referent dieser Kommission war der Abgeordnete Stiller. Der erste Satz des Paragraph 1 der Kommissions-Vorlage lautete: „Wir wünschen und beantragen: 1) Erweiterung der Volksschule, und zwar a) nach unten durch Vorschulen, denn sie sind eine absolute Nothwendigkeit.“ Der Referent begründete den Kommissions-Antrag, indem er darauf hinwies, daß man eine einheitliche Volksschule erstrebe und die Schule in ihrer jetzigen Gestaltung, wo das Kind erst vom 6ten Jahre an einen regelmäßigen Unterricht bekommt, keine Einheit in der Erziehung begründet. Die Volksschule solle ein ganzes Gebäude ausmachen und da müsse die Vorschule als Fundament existiren. Andererseits sei es auch bekannt, daß viele Familien auf einer so niedrigen Stufe der moralischen und intellektuellen Bildung stehen, daß die Kinder, wenn sie mit 6 Jahren in die Schule kommen, schon einen hohen Grad von Verwahrlosung in sich tragen. Freilich sind auch viele Familien, was namentlich bei den Arbeitern der Fall ist, nicht im Stande für die Erziehung der Kinder Sorge zu tragen, und müssen dieselben ohne jede Beaufsichtigung lassen. Die Vorschule sei daher eine absolute Noth-

wendigkeit. — Der Antrag findet jedoch vielen Widerspruch, und wird von vielen Seiten darauf hingewiesen, daß man zu sehr in das Recht der Familie eingreife, wenn man bei der Vorschule den Schulzwang einführen wolle, welches Letztere in dem Ausdruck „absolute Nothwendigkeit“ zu liegen scheine. In Bezug hierauf stellt der Abgeordnete Jordan das Amendement, die „absolute Nothwendigkeit“ zu streichen, „insofern sie auf dem Lande ausführbar sind, und kein Schulzwang dabei stattfindet.“ — Der Abgeordnete Pfahl will den Ausdruck „Schule“ gestrichen und dafür „Klein-Kinder-Bewahr-Anstalt,“ in welcher auch kein Unterricht, sondern nur eine Beaufsichtigung der Kinder stattfindet, gesetzt haben. Was den Kostenpunkt anbetrifft, so bemerkt Abgeordneter Gotsch, daß dies dem Staat obliegen müsse, der bei einer sorgfältigen Jugend-Erziehung die Erhaltungskosten der Zuchthäuser ersparen könnte. — Der Satz lautet nach erfolgter Abstimmung: **„Wir wünschen und beantragen die Erweiterung der Volksschule und zwar a) nach unten durch Vorschulen, insofern dieses namentlich auf dem Lande ausführbar ist, und kein Schulzwang dabei geübt wird. Sie stehen unter Aufsicht und Leitung des Ortsschulvorstandes, und man übergebe die Pflege und den Unterricht derselben geeigneten, wo möglich weiblichen Personen.“** — Die Fortsetzung des Paragraphen der Kommissions-Vorlage lautete: „b) nach oben durch Nachschulen, welche eine unabweisliche Forderung der neuen Zeit sind. Sie seien Fortbildungs-Anstalten, welche den bisher vermißten Uebergang von der Schule zum Leben vermitteln.“ Der Referent wies zur Begründung des Antrages auf die Kluft hin, die sich zwischen der Schule und dem Leben befindet, und wie das Kind, das mit 14 Jahren die Schule verläßt, Alles vergessen müsse, wenn es bis zu dem eigentlichen Eintritt in das Leben ohne jeden Unterricht verbleibt. Diese Zwischenzeit sei ein Strom, über den keine Brücke führe. — Köhler macht darauf aufmerksam, daß schon im alten Staate die Nothwendigkeit solcher Schulen erkannt worden sei, um wie vielmehr müsse jetzt darauf hingearbeitet werden. Nach Annahme zweier Amendements von Jordan und Mankwitz lautet der Satz also: **„b) nach oben durch Nachschulen, welche eine unabweisliche Forderung der neuen Zeit sind. Sie seien Fortbildungs-Anstalten, welche den bisher vermißten Uebergang von Schule zu Leben vermitteln, und für das häusliche, bürgerliche und religiöse Leben befähigen. Jedoch seien die Lehrer der Volksschulen nicht die einzigen Lehrer der Nachschulen.“** — Paragraph 2 der Kommissions-Vorlage: **„Für die eigentliche Volksschule wünschen wir a) eine allmälige Steigerung der Schulstunden und b) Beseitigung der Ueberfüllung der Schule“** wurde mit der Abänderung „der Schulklassen“ nach kurzer Debatte angenommen. — Dagegen rief Paragraph 3: „Verlegung des Confirmanden-Unterrichts in eine die Schule nicht verkürzende Zeit“ eine lange Debatte hervor, und gingen zu diesem Paragraphen nicht weniger als 9 Amendements ein. — Die Versammlung entscheidet sich für das vom Abg. Jäkel eingebrachte Amendement, welches lautet: „Der Confirmandenunterricht falle nicht in die Schuljahre, sondern er beginne erst nach denselben, und werde in kürzerer Zeit vollendet.“ — § 4 der Commissionsvorlage beantragt „Aufhebung der Hirten- und Fabrikschulen, und Verwandlung der Filialschulen in selbstständige Schulen.“ Der Referent begründet namentlich den letzten Punkt damit, daß die Filialschulen bisher nur deshalb eine Nothwendigkeit waren, weil die kleinen Gemeinden keine selbstständige Schule erhalten konnten. Werde die Schule aber Nationalanstalt und aus Staatsmitteln unterhalten, so falle dieser Grund weg. — Ueber die Aufhebung der Hirtenschulen wird von vielen Seiten bemerkt, daß dies an vielen Stellen nicht angehen dürfte. — Abg. Köhler spricht gegen die Aufhebung der Fabrikschulen und verweist auf die in Breslau errichtete Fabrikschule in der Ohlauervorstadt, welche die besten Früchte getragen. Der Arme könne nun einmal nicht sein Kind für den ganzen Tag in die Schule schicken, und da seien die Fabrikschulen das einzige Rettungsmittel für das Heil dieser Kinder. Aber er will eine strenge Beaufsichtigung der Fabrikschulen, damit die Fabrikherren, ihres Interesses wegen, die Kinder nicht vom Schulbesuch abhalten. Nach erfolgter Abstimmung lautet § 4 also: **Aufhebung der Hirtenschulen, wo es die örtlichen Verhältnisse möglich machen. Strenge Beaufsichtigung der Fabrikschulen und größere Sorge für das Wohl der Schüler derselben. Verwandlung der Filialschulen in selbstständige Schulen.“** — Paragraph 5 der Kommissions-Vorlage: **Einführung von Leibesübungen mit Berücksichtigung auf Volksbewaffnung“** wird angenommen mit dem Zusatze: „wobei jedoch kein Zwang stattfindet.“ — Gegen Paragraph 6 **„Beförderung des Obst- und Gartenbaues, wo es die Oertlichkeit gestattet“** spricht der Abgeordnete Engwitz, daß dieß nicht in die Schule gehört. Die Versammlung entscheidet sich für die Annahme des Paragraphen. Paragraph 7 **„Anschaffung von geräumigen und lichten Lokalen“** wird ohne Debatte angenommen. — Paragraph 8 endlich **„Entwerfung und Einführung eines der einheitlichen Volksschule entsprechenden Unterrichtsplanes und Schulgesetzes“** wird mit dem Zusatze angenommen „mit Berücksichtigung der Lokalverhältnisse.“ — Es bezieht sich dieser Zusatz besonders auf Oberschlesien, wo das polnische Element noch stark vorherrschend ist, und den Lehrer nöthigt, den Unterricht in deutscher und polnischer Sprache zu ertheilen. — Der Regierungs-Kommissarius theilt mit, daß die Behörden diesen Punkt bereits in Erwägung gezogen und die Nothwendigkeit einer Reform erkannt hätten. — Der Antrag des Abgeordneten Mildner, daß bei Entwerfung des allgemeines Schulgesetzes der Lehrerstand angemessen vertreten sei, wird ebenfalls angenommen. — Ein Antrag von Engwitz, noch einen § aufzunehmen, daß für die Bildung der weiblichen Jugend gleiche Sorge getragen werde, wie für die männliche, wird von Köhler noch damit unterstützt, daß seine Committenten ihm diesen Punkt besonders anempfohlen hätten, da der Magistrat von Breslau für die Erziehung der weiblichen Jugend zu wenig thut. — Die Versammlung entscheidet sich gegen die Annahme des Paragraphen. — Schließlich theilt der Vorsitzende noch mit, daß ihm ein Schreiben von dem Ober-Präsidenten zugekommen wäre, Betreffs des von einer Anzahl Lehrer eingereichten Gesuches, wegen Wiederherstellung des Seminars zu Breslau, und der Anstellung der beiden Lehrer Scholz und Löschke. Das Ministerium habe hierauf den Bescheid gegeben, daß der jetzige Zeitpunkt für die Wiederherstellung des Seminars ungeeignet wäre, und daß die Anstellung der genannten Lehrer bereits verfügt worden sei. — Die Sitzung wird nach 1 Uhr geschlossen.

---

† **Aus der Provinz.** Am 3. Septbr., Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, gerieth der 19 Jahr alte Auszüglersohn Joseph Langer aus dem Dorfe Kurschen, mit dem 15 Jahr alten Bauerssohn Johann Riedel aus dem Dorfe Falkenau im Kreise Grottkau, in Kurschen, in einen Wortwechsel auf der Dorfstraße, bei welchem Riedel so wüthend wurde, daß er dabei Langer mit einem Messer in die linke Brust stach. Da der Stich die Blutkammer des Langer sehr stark verletzt hatte, so gab derselbe schon nach einer Stunde, ohnerachtet der herbeigeeilten ärztlichen Hülfe, seinen Geist auf. Der Riedel ist sofort verhaftet, und dem betreffenden Gericht zur Untersuchung überliefert worden.

---

* **Schweidnitz**, 8. Sept. [Demokratisch-konstitutioneller Verein. Wahlkandidaten.] Der hiesige demokratisch-konstitutionelle Verein verfolgt, um das Interesse an den politischen Tagesfragen rege zu erhalten, in seinen Sitzungen zunächst die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, für deren Berichterstattung zu Anfange der Sitzungen eine eigne Kommission ernannt ist. Im Verlauf der gestrigen Verhandlungen wurde die Aufmerksamkeit auf die für heute Nachmittag anberaumte Wahl des Deputirten gelenkt, der Hepche's Stelle ersetzen soll; Senior Krause aus Breslau stellte sich bei dieser Gelegenheit der Versammlung als Wahlkandidat vor; er soll in Stadt und Umgegend Zobten die Stimmen der Wahlmänner meist für sich gewonnen haben. Die demokratische Partei wird ihm in der Person des Dr. Pinoff aus Breslau einen Candidaten entgegenstellen. Beide Candidaten werden wahrscheinlich in der auf heut Vormittag 11 Uhr im Gasthofe zum goldnen Scepter anberaumten Vorversammlung der Wahlmänner ihr politisches Glaubensbekenntniß ablegen.

---

§§ **Hirschberg**, 6. Septbr. [Garnisonsangelegenheit.] Unter einem Theile der hiesigen Bürger ist eine Petition zu Stande gekommen, das Gesuch enthaltend, daß die seit einiger Zeit hier einquartirten Jäger aus Görlitz als Garnison in Hirschberg verbleiben möchten. — In einer Correspondenz vom 4. d. M. in der heutigen Nummer Ihrer Zeitung ist in dem Satze: der konstitutionelle Verein hat sich genöthigt gesehen, seine Sitzungen aus der Brauerei des Herrn Martin (eines der drei im Frühjahre verhafteten Republikaner!) in ein weniger verrufenes (!) Lokal zu verlegen — das Wörtchen weniger statt nicht gesetzt worden; was ich hiermit zu berichtigen mich veranlaßt fühle.

---

* **Neisse**, 6. September. Am 3. feierte die hiesige Bürgerschaft ein Fest zu Ehren des Reichsverwesers. Der von fast 1000 Wehrmännern abgehaltenen Parade hielt der Major Jäkel eine Rede in Bezug auf den Reichsverweser, Abends fand ein Feuerwerk sowie mehrere andere Lustbarkeiten statt.

---

* **Brieg**, 7. September. Der heutige „Sammler“ macht den Vorschlag, daß eine Konferenz sämmtlicher schlesischer Bürgerwehr-Korporationen in Breslau, oder doch wenigstens in jedem Regierungsbezirk, zusammentreten solle, um einen Gesammt-Protest für die ganze Provinz gegen das neue Bürgerwehr-Gesetz zu erlassen.

Mannigfaltiges.

— (Berlin.) Die Lokomotive theilt einen „Operatiosplan der Regierung“ mit, welcher für den Fall entworfen sei, daß in Berlin eine Revolution zum Ausbruch kommen sollte. „Die Berliner Garnison ist jetzt um 1000 Mann stärker als vor dem 18. März, das Garde-Jäger-Bataillon ist außerdem dazu gekommen. Das Füsilierbataillon des Garde-Regiments geht nach Köpenick, um die Gegend am Holzmarkt zu decken. Die in Burg stehende reitende Artillerie hat Marschorder nach Berlin. Außerdem kommen nach Charlottenburg, wo bekanntlich Garde-Infanterie steht, 16 Kanonen. Man rechnet beim Ausbruch des Aufstandes nur auf das Erscheinen von 5000 Mann Bürgerwehr, weßhalb mit der Bürgerwehr zugleich auch das Militär ausrücken soll, und zwar so, daß ein Bataillon des 9. Regiments das Zeughaus besetzen soll, während die übrigen Bataillone des 9. Regiments, hinter der Kommunikation, das Brandenburger Thor erreichen sollen, um so das unter den Linden befindliche Volk zwischen zwei Feuer zu bringen und aufzureiben. Das 1. und 2. Bataillon des 24. Regiments besetzen zu gleicher Zeit den Lustgarten. Die Bürgerwehr soll bloß dazu verwendet werden, um das Barrikadenbauen zu verhindern. Jeder Soldat erhält bereits jetzt 100 scharfe Patronen (?) und auch die Garde in Charlottenburg hat schon Patronen für ihre Zündnadelgewehre bekommen.“

— [Zwölf pommersche Scävola's auf einmal!] Einen Brief, unterschrieben: „Zwölf verschworene pommersche Jünglinge,“ theilt Herr Held in Berlin mit, worin diese ihm schreiben, daß, noch ehe er Präsident der Republik sein würde, sie ihre Hände in dem Blute aller Republikaner, das des Präsidenten mit einbegriffen, gewaschen haben müßten oder er würde in Pommern zwei Millionen Leichen sehen? Wahrscheinlich ist da die künftige Generation mitgezählt. Am Schlusse sagen sie: Unsere Dolche haben wir schon für Dich schleifen lassen. (Z.-H.)

Der Kommunalbericht, welcher uns erst Abends nach 5 Uhr zugekommen ist, wird in der nächsten Nr. der Ztg. abgedruckt werden.

Niederschlesische Zweigbahn.

Auf der Niederschlesischen Zweigbahn sind im Monat August d. J. 10848 Personen für 4960 Rtr. 14 Sgr. — Pf. befördert worden.

11998 Pfd. Gepäck-Ueberfr. u. 25 Equipagen für	230 =	21 =	6 =
49 Stück Vieh und 10 Ctr. Geflügel für	90 =	6 =	6 =
17788½ Ctr. Güter für	1633 =	21 =	3 =
mithin betrug die Einnahme	6915 Rtlr.	3 Sgr.	3 Pf.

Wilhelms-Bahn.

Im Monat August fand auf der Wilhelms-Bahn folgende Frequenz statt. Es wurden befördert:

7015 Personen für	3349 Rtlr.	15 Sgr.	— Pf.
Gepäck für	265 =	1 =	9 =
Hunde für	7 =	2 =	6 =
Pferde und andere Thiere für	180 =	20 =	— =
Equipagen für	25 =	20 =	— =
19870 Centner Fracht für	2258 =	14 =	10 =
Gesammt-Einnahme	6086 =	14 =	1 =

Inserate.

Zweite Beilage zu № 211 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 9. September 1848.

Bekanntmachung.

Wir haben nach Eingang der landesherrlichen Genehmigung im Einverständniß mit der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen:

1) die Zinsen von denjenigen hiesigen Stadt-Obligationen von Weihnachten 1847 ab von 3½ auf 4 pCt. zu erhöhen, für welche dem Kündigungs-Rechte Seitens der Inhaber entsagt wird;

2) zur Erleichterung des Verkehrs mit diesen Obligationen dem höheren Zinsfuß entsprechende Coupons auf die Dauer von 10 Jahren, von Johannis d. J. ab auszufertigen und beizugeben.

Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir die Inhaber hiesiger Stadt-Obligationen hierdurch auf, sich spätestens bis zum 15. Oktober d. J. bei unserer Kämmerei-Haupt-Kasse darüber zu erklären, ob sie bei dem festgestellten höheren Zinsfuße und unter Beigabe von Zins-Coupons auf 10 Jahre zu den Obligationen, das Kündigungsrecht Ihrerseits aufzugeben bereit sind.

In diesem Falle wird von der Kämmerei-Haupt-Kasse auf den mittelst Verzeichnisses hierbei vorzulegenden Obligationen ein rother Stempel mit der Inschrift:

„Von Termino Weihnachten 1847 ab mit
„4 pCt. verzinslich und unkündbar Seitens
„des Inhabers,"

und ein Schwarz-Stempel mit der Inschrift:

„Zinsen bis Johannis 1848 bezahlt,"

beigedruckt und damit zugleich der höhere Zinsenbetrag von Weihnachten 1847 bis Johannis 1848, von ½ pCt. gezahlt werden.

Die Beigabe der Zins-Coupons soll vom 20. September d. J. ab sogleich bei Vorlegung der Obligationen erfolgen, und daß es geschehen, auf denselben durch Stempel-Abdruck vermerkt werden. Breslau, den 31. August 1848.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Dringende Einladung an den gesammten Rustikalstand Schlesiens.

Die Rittergutsbesitzer vereinigen sich überall zum Schutze ihrer vermeintlichen Rechte. Das Wenige, was das Ministerium, welches in diesem Falle den Grundsatz der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht verläugnen kann, bis jetzt für den Rustikal-Stand hat thun wollen, namentlich die unentgeltliche Aufhebung einiger ganz unwesentlicher, zum Theil nur noch dem Namen nach bestehender, sogenannter Rechte, und die Auferlegung einer Grundsteuer auf diejenigen Rittergüter, welche bisher ganz, oder größten Theils davon befreit waren; auch dies Wenige ist ihnen zu viel, das Jahrhunderte alte Unrecht soll ungesühnt, Alles soll beim Alten bleiben. Gegenüber solchen Gesinnungen ist eine Einigung unmöglich, sie rufen uns zum Kampfe, nun so sei es denn: Kampf gegen Kampf.

In der am 27. v. M. in Mörschelwitz stattgefundenen Versammlung, in welcher achtzehn Kreise vertreten waren, wurde beschlossen, daß in jedem Kreise Schlesiens Vereine gebildet, und diese sämmtlich zu Einem Hauptvereine zusammentreten sollen, die Unterzeichneten wurden mit Entwerfung der Statuten beauftragt. Demzufolge fordern wir alle Diejenigen, welche in ihren Rechten durch die Rittergutsbesitzer gefährdet sind, auf, zunächst sofort mit der Bildung der einzelnen Vereine vorzugehen, für jeden derselben zwei Deputirte zu wählen, und diese sodann zu einer gemeinschaftlichen Berathung nach Breslau abzuordnen. Sie soll

am 22. d. M., Abends von 8 Uhr ab und dem folgenden Tage, früh von 8 Uhr an im ehemaligen Liebich'schen Lokale in der Gartenstraße

stattfinden. Gegenstände der Berathung und Beschlußnahme werden sein: 1) Feststellung der Statuten, 2) Wahl des Ausschusses, 3) Bestimmung über zunächst zu ergreifende Maßregeln. — Die innere Organisation wird jedem Kreisvereine vollständig überlassen, wenn nur überall der Hauptzweck, Beförderung des Wohles und Schutz der Interessen und Rechte des Landvolkes, derselbe ist. Einheit giebt Kraft, nur durch ein vereintes Wirken werden wir unser Ziel erreichen. — Etwaige Anfragen über Bildung der Vereine und andere die Sache betreffende Angelegenheiten wird der mitunterzeichnete Bauergutsbesitzer L. Schlincke in Gr. Weigelsdorf bei Hundsfeld sofort beantworten. Breslau, den 7. September 1848.

L. Schlincke. Beck. Lausch. Petery.
Polst. Wüstrich.

Versammlung sämmtlicher Lehrer

der Kreise Schweidnitz, Striegau, Waldenburg, Mittwoch den 13. September, früh 10 Uhr in Fürstenstein. (Der Tag ist von der hohen Behörde als freier Schultag bewilligt.)

Rupp. Gollnisch. Kranz.
Deputirte der Provinzial-Lehrer-Versammlung.

Erwiederung.

Die Breslauer Zeitung läßt sich in Nr. 201 aus Berlin schreiben, Ritter Schnapphahnski habe eine Menge Aktien auf die „N. Rh. Z." genommen und deshalb seien die Feuilletons-Artikel über ihn abgebrochen, weil eine Zeitung unmöglich gegen ihre eigenen Aktionäre polemisiren könne. Die angeblich demokratische Düsseldorfer Zeitung hat sich gemüßigt gesehen, diese Insinuation in ihre Spalten aufzunehmen. Die perfide Insinuation kommt aber leider zu spät. Schon Nr. 92 der N. Rh. Z., die längst vor Ankunft der Nr. 201 der Breslauer Zeitung ausgegeben wurde, enthält die Fortsetzung der besagten Feuilletons-Artikel. Die Neue Rheinische Zeitung ist übrigens ein Parteiblatt und hat bereits hinlänglich den Beweis geführt, daß sie nicht käuflich ist.

Die Geranten der Neuen Rheinischen Zeitung.

Zum Bau einer evangelischen Kirche in Guttentag sind dem dortigen Kirchenvorstande an milden Gaben zugegangen: vom Hrn. Walzmeister Cuchul in Renardshütte 5 Thlr., von einem Ungenannten in Karlsruhe 2 Thlr., von Frau Justizräthin Janisch in Guttentag 5 Thlr., von Sr. Durchlaucht Herrn Fürsten von Hohenlohe auf Koschentin 5 Thlr., von Herrn Domherrn von Levetzow in der Altmark 5 Thlr., von Herrn Kaufmann Hensel in Lublinitz 5 Thlr.

Indem ich dafür diesen edlen Gebern Namens meiner bedrängten theuren Gemeinde den herzlichsten Dank abstatte und Gottes Segen wünsche, bitte ich recht dringend um fernere gütige Beisteuer zum beregten Zwecke.

Appenroth,
Pastor zu Friedrichsgrätz und Guttentag.

Für die Abgebrannten zu Falkenhain sind ferner bei uns eingegangen: von H. S. 15 Sgr. und ein Päckchen Sachen, Wundarzt Sylla 20 Sgr., Prof. St...s 1 Rthl., F. L. in Freistadt 1 Rthl., v. S. 15 Sgr.; laut Zeitung vom 2. September 8 Rthl. 7 Sgr. und 2 Päckchen Sachen. Summa 11 Rthl. 27 Sgr. und 3 Päckchen Sachen.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Theater-Nachricht.

Sonnabend: 60ste Abonnements-Vorstellung. **Konzert von den Geschwistern Neruda.** 1) Trio für Piano, Violine und Violoncello von C. de Beriot, vorgetragen von den Geschwistern Amalie, Wilhelmine und Victor Neruda. 2) Variationes brillantes et Finale über ein Thema aus der Oper „Somnambula" für Violine mit Begleitung des Orchesters von A. Bazzini, vorgetragen von Wilhelmine Neruda. 3) Reminiscens de Zampa et Fra Diavolo. Fantasie Variatiônes für das Pianoforte von Charl. Voß, vorgetragen von Amalie Neruda. 4) „Carneval von Venedig" von H. W. Ernst für Violine, vorgetragen von Wilhelmine Neruda. — Vorher: **„Erziehungs-Resultate."** Lustspiel in 2 Akten von C. Blum. — Margarethe, Frln. Marie Devrient, vom Hoftheater in Braunschweig, als Gast.

Sonntag: **„Die Verschwörung des Fiesko."** Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. — Um vielseitigen Wünschen zu begegnen, wird Herr Emil Devrient noch einmal in der Rolle des Fiesko auftreten.

F. z. ·) Z. 11. IX. 6. J. □ III.

(Statt jeder besonderen Meldung.)
Auguste Sander.
Wilhelm Jaretzky.
Verlobte.
Haynau und Breslau.

Entbindungs-Anzeige.
(Statt besonderer Meldung.)

Heute früh 2 Uhr wurde meine Frau Marie, geb. Schmidt, von einem Mädchen glücklich entbunden.

Auras, den 7. September 1848.

Dr. Andermann.

Entbindungs-Anzeige.

Die diesen Mittag 11 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner guten Frau Charlotte, geb. Handel, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich, statt besonderer Meldung, ergebenst anzuzeigen.

Neisse, den 7. September 1848.

Moritz Kloß.

Entbindungs-Anzeige.

Die glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Emilie, geb. Schindler, von einem gesunden Knaben zeige ich hiermit, statt besonderer Meldung, Verwandten und Freunden ganz ergebenst an.

Jauer, den 6. Septbr. 1848.

Dr. Robert Steudner.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen 12½ Uhr verschied unser innigst geliebter Gatte und Vater, der Bade-Inspektor Warmbrunn. Diese traurige Nachricht widmen wir unsern Bekannten und Freunden, um stille Theilnahme bittend.

Landeck, den 5. September 1848.

Die Hinterbliebenen.

Sonntag den 10. September, Nachmittag 4 Uhr, Sitzung des ärztlichen Zweigvereins, im Lokal der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Der Verein der Aerzte

zur Förderung ihrer Standes-Interessen hält seine Central-Versammlung Dienstags den 12. d. Mts., Vormittags von 11 Uhr an, im Gasthofe zum Kronprinzen zu Bunzlau ab, wozu sämmtliche Aerzte und Wundärzte, namentlich die des Liegnitzer Regierungsbezirks, hiermit ergebenst eingeladen werden.

Görlitz, den 7. Septbr. 1848.

Dr. **Sintenis,** z. Z. Vorsitzender.

Durch alle Buchhandlungen, in **Breslau** bei **G. P. Aderholz** (Ring- und Stockgassen-Ecke Nr. 53), ist zu haben:

Demokratie und Volksschule. Ein Wort über die Stellung der Schule im demokratischen Staate, mit besonderer Rücksicht auf die § 23 ꝛc. des Verfassungs-Entwurfs für den preußischen Staat, von L. Jacobi. (Verl. von C. Flemming.) 3 Sgr.

Den Herren Gutsbesitzern

in der Umgegend von Breslau biete ich bei dem gegenwärtigen Wassermangel auf dem Lande, meine Mühle in der Stadt zur Vermahlung von Getreide ergebenst an. Zugleich verspreche ich, allen Anforderungen in Betreff meines Verkaufs von allen Sorten Weizen-Mehl (en gros und en detail) aufs vollkommenste genügen zu wollen.

M. Ludwig,
in der sogenannten Hauptmühle
in Breslau,
am Eingange des Bürgerwerders.

Eine Oel-Presse wird zu kaufen gesucht. Näheres Klosterstr. Nr. 80 im Dampfbade.

Ein großes Repositorium ist billig zu verkaufen. Näheres bei Gebrüder **Friederici,** Ohlauerstraße Nr. 5, 6.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

So eben erschien im Verlage von Otto Klemm in Leipzig und ist in allen Buchhandlungen vorräthig, in **Breslau** und **Ratibor** vorräthig bei **Ferdinand Hirt,** in Krotoschin bei Stock:

Shakspeare's Sommernachtstraum
von Adolf Böttger.

Miniatur-Ausgabe. br. Preis 22½ Sgr. In gepreßter Leinwand elegant gebunden und mit Goldschnitt, Preis 1 Rthl.

Adolf Böttger erwarb sich als Dichter und Byronübersetzer eine Berühmtheit, die dieser neuen Uebertragung in ihrer eigenthümlichen Auffassung und Formvollendung verdienten Eingang im deutschen Volk und auf der Buhne sichert, ohne dadurch dem großen Shakspeare-Uebersetzer A. W. Schlegel Eintrag zu thun.

In Kurzem erscheint Romeo und Julie.

Bei **Ferdinand Hirt** in **Breslau** (Naschmarkt Nr. 47), Reisner in Liegnitz, Heege in Schweidnitz, Flemming in Glogau ist vorräthig:

Der Kuchenbäcker,

oder 200 vollständige Anweisungen, alle Arten Kuchen

Obstkuchen, Topfkuchen, Torten, Blätterteige, Waffeln und Schweizerbackwerke, Lebkuchen und Pfeffernüsse

gut und billig selbst zu backen.

Von Dr. **Brocke,** herzogl. anhalt. Mundkoch.

1846. broch. 8. 10 Sgr.

Nach diesen Anweisungen kann jede Hausfrau und jeder Restaurateur die schönsten Backwerke liefern.

Auch in **Ratibor** in der **Hirt**'schen Buchhandlung, in Krotoschin bei Stock, in Neisse bei Hennings, in Glatz bei Hirschberg zu haben.

☞ Bei **Wilh. Jacobsohn,** Kupferschmiedestr. 44, sind antiquarisch vorräthig Humboldts Kosmos, 2 Bde. f. 4 Rtl. Beckers Weltgesch. 14 B. 7. Aufl. 7 Rtl. Sohrs Atlas in 80 Karten 4 Rtl. Knies Dörfer- und Städteverzeichniß 1⅓ Rtl. Schillers W. 12 B. 4 Rtl. Moliere in 1 B. 2 Rtl. Blumauer 4 B., Rückert Ged., Sallets Laien-Evangelium (eleg. geb.), Geibels Ged. à 1 Rtl. Auerbachs schwarzw. Dorfg. 2 B., Auffenbergs Schr. 21 B., Eberhard 20 B., Gaudys Schr. 24 B., Gellert 10 B., Jacobis Schr. 8 B., Moliere 4 B., Pückler-Muskau Tutti-Frutti, Semilasso ꝛc. 10 B., Karoline Pichlers W. 50 B., Raupach Hohenstaufen 8 B., Shakespeare 18 B., Steffens Novellen 15 B., Ders. was ich erlebte 4 B., Sue Geheim. von Paris 10 B., ewige Jude 12 B., Martin der Findling 9 B., zusammen 225 sehr gut, fast neu gehaltene Bde. f. 45 Rthl., während der Ladenpreis excl. Einb. circa 110 Rtl. beträgt. Diese Offerte dürfte zum Behufe der Anlegung einer Privat- oder Leihbibliothek eine sehr willkommene sein, und würde zu diesem oder jenen Zwecke eine bei weitem größere Sammlung der gediegensten Schr. aus der klass. und belletr. Literatur zu den mäßigsten Preisen zu Gebote stehen. Eben so werden auch einzelne Werke aus dieser Samml. verkauft. — Jugendschr., Landk., Schulbücher zu sehr mäßigen Preisen. Auch werden daselbst fortwährend Bücher zu den höchsten Preisen gekauft.

Ein eiserner eleganter Stubenofen

ist zu verkaufen. Das Nähere Herrenstraße Nr. 20 im Comtoir.

Bekanntmachung.

Im Geschäfts-Lokale des unterzeichneten Haupt-Steuer-Amts — Werderstraße Nr. 28 hierselbst — sollen Montag den 11. d. M., Vormittags 10 Uhr, circa 24 Ztr. Makulatur, die Hälfte unter Beding des Einstampfens, gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Breslau, den 4. September 1848.

Königliches Haupt-Steuer-Amt.

Brau-Urbar-Verpachtung.

Zur Verpachtung des hiesigen Brau-Urbar auf drei Jahre, haben wir einen Termin auf den 4. k. M., Vormittag 9 Uhr, anberaumt; wozu wir kautionsfähige Pächter einladen. Die Pachtbedingungen können zu jeder schicklichen Zeit bei uns eingesehen werden.

Lewin, den 6. September 1848.

Der Magistrat.

Inventars-Versteigerung.

Das Inventar auf unserem Kämmereigute Gräferei, dicht bei Neisse, bestehend aus 17 Pferden, 2 Fohlen, 700 Stück Schafvieh (feine Einschur), worunter zwei edle Böcke, 138 Lämmern, 41 Stück Rindvieh sehr guter Qualität, 11 Stück Jungvieh, Acker- und Wirthschaftsgeräth, soll an Ort und Stelle Gräferei Donnerstag den 14ten und Freitag den 15ten d. Mts., früh von 8 Uhr ab, gegen sofortige Baarzahlung an den Meistbietenden versteigert werden. Wir laden Kauflustige mit dem Bemerken ein, daß das Vieh zuerst an die Reihe kommt.

Neisse, den 7. September 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Aus dem Depositorio zu Gohlau, Neumarktschen Kreises, sind in der Nacht vom 6ten zum 7ten d. Mts. mittelst gewaltsamen Einbruchs 274 Rthl. 22 Sgr. 4 Pf., theils baar, theils in Kassen-Anweisungen, und folgende außer Kurs gesetzte Staatsschuldscheine:

Lit. F.	Nr. 182,379	über 100	Rtdl.
„ F.	„ 130,879	„ 100	„
„ H.	„ 35,375	„ 25	„
„ H.	„ 50,668	„ 25	„
„ H.	„ 18,305	„ 25	„

nebst Coupons-Serie X. Nr. 4 bis 8 incl., sowie ein russisches Fünfguldenstück, ein österreichisches Dreißigkreuzerstück, zwei einfache und zwei doppelte Kaiserböhmen, letztere Gegenstände in einem mit Perlen gestrickten Beutel, entwendet worden.

Alle resp. Behörden und Privatpersonen, denen diese Gegenstände zum Vorschein kommen, werden ersucht, dieselben anzuhalten, und an uns, Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 24 hierselbst, abzuliefern, und alle diejenigen Umstände, welche zur Entdeckung des Thäters führen könnten, uns anzuzeigen.

Breslau, den 8. September 1848.

Das Gerichtsamt Gohlau.

Bitte an alle Menschenfreunde,

die sofortige Freilassung meines Ehemannes, des Hausbesitzers **Touché** zu bewirken, der seit vollen vier Wochen im Kerker, heiser und der Sprache beraubt, fest gehalten wird; weil er, ehe auf die vorliegende Anklage er Rede und Antwort geben will, gern erst in den Besitz seiner Stimme gelangen möchte, aber zufolge seiner Hämorrhoidalleiden im Gefängniß täglich schwächer wird. Sollte der Einwand gemacht werden: „man habe ihm ärztliche Hilfe geboten," so bemerke ich, daß er dieselbe im Gefängniß entschieden von sich gewiesen.

Anna Touché.

Mit guten Zeugnissen versehene geübte **Steindrucker** und **Lithographen** finden sofort Beschäftigung im lithographischen Institut **S. Lilienfeld,** Reusche Straße 38.

Ein junger Oekonom, der wegen ungünstiger Konjunktur sich nicht gleich ankaufen will, ist bereit, eine Inspektor-Stelle anzunehmen und beansprucht nur in einer anständigen Familie gute Aufnahme auch ohne Gehalt, per Adresse: L. V. Salvatorplatz Nr. 4, eine Stiege.

☞ **Das Gasthaus**

zur „Stadt Freiburg" in Breslau wird am 11ten dieses Monats beim Stadtgericht meistbietend verkauft. Taxe 10388 Rtlr.

Zum Hafer-Kranz, Sonntag den 10. Sept., ladet ergebenst ein: Anders im letzten Heller.

☞ Zur Erlernung der Oekonomie kann ich sofort zwei Wirthschafts-Eleven auf großen Gütern bei Freiburg in Schl. placiren.

Tralles, Messergasse Nr. 39.

☞ Einen sehr praktischen mit guten Zeugnissen versehenen Wirthschafts-Beamten weiset nach: Beinlich in Brieg, im Gasthause zur grünen Linde.

Birken-Pflanzen.

Bei dem Dominio Pathendorf, Wohlauer Kreises, sind diesen Herbst und künftiges Frühjahr, mehrere tausend Schock Birken-Pflanzen, auf Sandboden gezogen, zu verkaufen.

Frische Annanas, das Pfd. zu 20 Sgr., sind bei Unterzeichnetem zu haben.

Groß-Strehlitz, den 6. Septbr. 1848.

Starzikowsky.

Roßhaare-Verkauf

Ohlauerstraße Nr. 79.

Heute Sonnabend im ehemaligen Zahnschen Lokale, Tauenzien-Straße, eine

orientalische Nacht.

Bei günstiger Witterung ist Sonntag den 10. Sept. **Concert** und Gartenbeleuchtung in **Höfchen** vor dem Schweidnitzer Thore, wozu ergebenst einladet: Laußmann, Caf.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben, heute Sonnabend den 9. Sept., ladet ergebenst ein:

Höbel, Schankwirth, Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 17.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben und Wurst-Abendbrot

auf Sonnabend den 9. September, ladet ergebenst ein: **W. Härtel,** Restaurateur, Groschengasse Nr. 18.

Fleisch- und Wurst Ausschieben

Sonnabend den 9. Sept. Scheitnigerstr. 25.

Weitzker.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben und Garten-Concert

auf Sonntag den 10. Sept. ladet ergebenst ein: **Scholz,** Gastwirth in Hünern.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben auf Sonnabend den 9. Septbr. ladet ergebenst ein:

Müller, Schankwirth, Mehlgasse Nr. 15.

Zum Fleisch- und Wurst-Ausschieben nebst Wurst-Abendbrot, Sonnabend den 9. September, ladet ergebenst ein:

Conrad, Cafetier in Brigittenthal.

Eine Leihbibliothek, die **neuesten Werke** von Balzac, Bourdin, Boz, F. Bremer, Flygare Carlén, **Alex. Dumas,** Paul de Kock, Marryat, **Th. Mundt,** Paalzow, Reybaud, **Georg Sand,** Soulié, **Eugen Sue,** Trollope, E. Willkomm u. m. A. enthaltend, ist billig zu verkaufen. Die Bücher sind **ganz neu.** Näheres auf portofreie Anfragen unter H. L. Nr. 100. poste restante Breslau.

Ein junges Mädchen aus guter Familie, welches französisch spricht, wünscht ein Engagement als Lehrerin kleinerer Kinder; auch ist dasselbe gern bereit, leichten häuslichen Geschäften sich zu unterziehen. Fräulein Werner, Ring Nr. 19, wird die Güte haben, das Nähere mitzutheilen.

Gebrauchte Möbel und Betten werden gekauft Reuschestraße Nr. 45, 2 Stiegen.

---

500 Scheffel

gelben Samen-Weizen, gut gereinigt und keimfähig, von vorjähriger Ernte, offerirt das Dom. Stein bei Jordansmühl. Die Abholung kann von jetzt ab täglich gegen baare Zahlung und 5 Sgr. über den Marktpreis erfolgen.

Beachtenswerth.

Einem Kaufmann, der in Privatgeschäften nach Polen, auch bis Warschau reist, würde es angenehm sein noch mehrere Geschäfts-Besorgungen zu erhalten, die er gegen angemessene billige Provision bestens ausführen würde. Hierauf Reflektirende erfahren Näheres bis zum 11. d. M. bei M. A. Zencominierski, Gartenstraße 21.

Kartoffel-Anzeige.

Von dem Freigut Zweihof liegen Proben von
guten gelben mit der Schale zu kochenden,
guten rothen Iris- dito dito dito
und den zu Mehlspeisen und Muß vorzüglichen peruvianischen Kartoffeln
aus und nimmt Bestellungen an:

Friedrich Gustav Pohl, Schmiedebrücke Nr. 12.

Reisegelegenheit in einer Fensterchaise nach Cudowa und Reinerz den 11ten d. Mts. Weintraubengasse Nr. 4.

Zwei Schreibsekretäre von Kirschbaumholz stehen zu verkaufen, einzeln, wie auch beide, an der Ohlauerstraße, Seitenbeutel Nr. 20.

Jagdgewehre

sind wegen augenblicklicher Auflösung des Geschäfts äußerst billig zu verkaufen Ring 35, eine Treppe.

Eine braun-weiß gefleckte Wachtelhündin mit messingenem Halsband ist verloren gegangen; wer solche Albrechts-Straße Nr. 33 abgiebt, erhält eine Belohnung. Vor dem Ankauf wird gewarnt.

Am 5. September gegen Abend ist ein kleiner gelbgeflekter Wachtelhund verloren gegangen, wer denselben Messergasse Nr. 9, par terre, abgiebt, erhält eine angemessene Belohnung.

Roßmarkt Nr. 11

ist im dritten Stock eine neu hergerichtete Wohnung von 3 Stuben nebst Beigelaß zu einem jährlichen Miethzins von 100 Thaler zu vermiethen und zu Michaelis oder sofort zu beziehen. Näheres im Comptoir daselbst.

Albrechtsstraße Nr. 39

ist im 2ten Stock eine Wohnung von sechs Stuben nebst Zubehör zu vermiethen. Näheres im Spezereigewölbe daselbst par terre.

Altbüßerstraße Nr. 10 ist die zweite Etage, bestehend aus 6 Zimmern, darunter 2 Sallons, nebst Küche und Küchenstube bald oder zu späteren Terminen zu vermiethen, das Nähere daselbst zu erfragen.

Magasin de Broderies de Nancy et Paris!

Vente d'une forte partie de Broderies et de Mouchoirs de batiste, pendant la foire de Breslau à l'Hôtel de blauen Hirsch, Ohlauer Strasse.

Ce Magasin contient tous ce qu'il-y-à de plus beaux en Broderies.

Les prix sont fixe et marqués sur chaque pièce en chiffre connue.

Das Lager feiner französischer Stickereien und echter Batist-Taschentücher aus Nancy und Paris

befindet sich während des Jahrmarkts wiederum in Breslau **im Gasthof zum blauen Hirsch,** par terre, **Zimmer Nr. 2,** in der Ohlauer Straße.

Dasselbe ist dieses Mal mit einer besonders reichhaltigen Auswahl der neuesten und geschmackvollsten Stickereien, auf echtem Batist, Jaconet und Mull gearbeitet, sortirt, und verkauft, wie gewöhnlich, zu sehr billigen und festen Fabrikpreisen.

☞ Die festen Preise sind auf jedem Stücke deutlich bemerkt. ☜

- Modernste kleine Kragen von 5, 7, 8, 10, 12, 15, 20, 25 Sgr., 1, 1⅙, 1½, 2 bis 5 Rthl.
- Eleganteste Chemisettes von 10, 12, 15, 20, 25 Sgr., 1, 1½, 2, 2½ bis 3 Rthl.
- Geschmackvollste Pelerinen und Cardinals von 1, 1⅓, 1½, 2, 3, 4, 5 bis 10 Rthl.
- Echte Batist-Taschentücher, fein gestickt, von 15, 20, 25 Sgr., 1, 1¼, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 10 bis 36 Rthl.
- Echte Batist-Taschentücher mit verschiedener Bordüre à 15, 18, 20, 25 Sgr. bis 1 Rthl., in ½ Dutzend billiger.
- Batist-Tücher geringerer Qualität à 7½, 10, 12 Sgr.
- Brüsseler Schleier 20, 25 Sgr. bis 1 Rthl.
- Echte Blonden-Volants zu Kleidergarnitur, Manschetten, Streifen, Einsatz und dergl. Artikel.

☞ Die französischen Stickereien zeichnen sich besonders dadurch aus, daß sie auf feinsten Stoffen gearbeitet sind, und daß sie durch die Wäsche durchaus nicht verlieren.

Im erweiterten Lokale des Weißgartens

Sonntag den 10. September erstes Konzert der Phylharmonie unter Leitung des Herrn A. Köttlitz. Anfang 3½ Uhr. Näheres besagen die Anschlagezettel.

Eine Sendung feiner **Mousseline de Laine-Roben** à 3 und 4 Rthlr., echt **französische Cachemir-Roben** (reine Wolle) à 8 Rthlr., **buntgestreifte Seidenstoffe,** das Kleid 7 Rthlr., **schwarze Mailänder Glanz-Taffte, Barege-, Batist-** und **Mousseline-Roben** empfing und offerirt zum sofortigen Verkauf:

A. Weisler,

Schweidnitzer- und Junkern-Straßen-Ecke Nr. 50.

Gardinen- und **Möbel-Stoffe, Casimir-Tischdecken** à 4 Rthlr. in sehr großer Auswahl.

Grünberger Weintrauben

empfiehlt auch in diesem Jahre von Mitte September an bis Ende Oktober à Pfund 2½ Sgr., in Fäßchen von 12 bis 30 Pfd. — Die Fäßchen werden weder berechnet noch mitgewogen. — Die Trauben werden, wenn die bis jetzt gehabte günstige Witterung irgend noch anhält, eine ausgezeichnete Güte erreichen und darf ich, da nun auch das Porto um ⅓ Theil ermäßigt ist, wohl auf recht viele Aufträge rechnen; ich werde wie bisher nur immer die besten und schönsten Trauben senden und mir so das seit Jahren vielseitig geschenkte Vertrauen auch ferner bewahren.

G. Moschke in Grünberg i. Schl.

N. S. In Breslau werde ich beim Kaufmann Herrn **Christ. Friedr. Gottschalt,** Nikolaistraße Nr. 80, ein täglich neu ergänztes Lager halten, wo dieselben in obiger Verpackungsweise und in gleich guter Qualität à Pfd. 3 Sgr. zu haben sein werden. — Das Eintreffen der ersten Sendung werde ich s. Z. bestimmt anzeigen. **G. Moschke.**

Zu vermiethen

sind kleine Wohnungen, Sonnenseite, mit Kochöfen à 24, 30 und 36 Rthl. Siebenhubenerstraße Nr. 1.

Tauenzienplatz Nr. 7 ist die zweite und dritte Etage zu vermiethen; das Nähere beim Haushälter.

Breitestraße Nr. 4 u. 5 vorn heraus ist eine Parterre-Wohnung, bestehend aus einer großen Stube, einem heizbaren Kabinet und Kellergelaß auf den Zeitraum von Michaelis bis Weihnachten d. J. für zehn Thaler zu vermiethen und daselbst zu erfragen.

Der präparirte

Pfeffermünz-Zucker,

von mehreren geehrten Käufern als Cholera-Zucker begehrt, ist à Carton 2½ Sgr. wieder vorräthig bei

Eduard Groß, am Neumarkt 42.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Oberamtmann Sydow u. Insp. König a. Steinbach. Dr. Freund a. Warschau. Lieut. v. Stahr a. Glogau. Eisenbahn-Kommissar v. Düring a. Oppeln. Oberamtm. Braune a. Rothschloß. Generalmajor From a. Frankfurt a. Main. Partikulier Kozmian a. Berlin. Bürger Wolanski u. Gutsbes. Graf v. Sawilcki a. Krakau. Gutsbes. v. Hünter u. Gr. v. Miluski a. Galizien. Gutsb. Schulz a. Görlitz. Offizier Graf v. Sawilczki aus Gräfenberg k. Professor Marx a. Dresden. Kaufm. Satz a. Wien. Kaufm. Spiegelthal a. Köln.

Breslauer Getreide-Preise

am 8. September.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	69	Sg.	65	Sg.	61	Sg.
Weizen, gelber	66	„	62	„	59	„
Roggen	37	„	34	„	30	„
Gerste	31	„	29	„	27	„
Hafer	19	„	18	„	17	„

Breslau, den 8. September.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112⅚ Gld. Polnisches Courant 95⅓ Gld. Oesterreichische Banknoten 93¼ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½% 75 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 97 Br., neue 3½% 79⅙ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½% 90 7/12 Br., Litt. B 4% 93 Br., 3½% 81⅚ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 91⅙ Br., neue 91⅙ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 87 Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 89⅓ Br. Krakau-Oberschlesische 43¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 69¼ Br. Köln-Mindener 3½% 75 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 42 Br.

Berlin, den 7. September.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½% 75½ u. ¼ bez., Prior. 4½% 91 Br. Niederschlesische 3½% 68½ Br., Prior. 4% 81¾ Br., Prior. 5% 94 Br., Ser. III. 5% 89 Br. Oberschlesische Litt. A 3½% 90 Br. 89½ Gld., Litt. B 90 Br. 89½ Gld. Rheinische 54 bez. Prior. 4% 68½ Br., Posen-Stargard 4% 67¼ Kleinigkeit, 67 mehr bez. u. Br. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% à 42¼ u. 42 bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½% 74¼ etw. bez u. Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 87½ Br. Posener Pfandbriefe 4% 96¾ Gld., neue 3½% 79 Gld. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112¾ bez. Polnische Pfandbriefe 4% neue 91 bez.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.